

Institut für Arbeitsmarkt-
und Berufsforschung

Die Forschungseinrichtung der
Bundesagentur für Arbeit

IAB

IAB-Regional

Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz

3/2013

Beschäftigungsperspektiven im hessischen Finanzsektor

Finanzplatz Frankfurt

Carola Burkert
Alfred Garloff

ISSN 1861-3578

IAB Hessen
in der Regionaldirektion

Hessen

Beschäftigungsperspektiven im hessischen Finanzsektor

Finanzplatz Frankfurt

Carola Burkert (IAB Hessen)

Alfred Garloff (IAB Hessen)

IAB-Regional berichtet über die Forschungsergebnisse des Regionalen Forschungsnetzes des IAB. Schwerpunktmäßig werden die regionalen Unterschiede in Wirtschaft und Arbeitsmarkt – unter Beachtung lokaler Besonderheiten – untersucht. IAB-Regional erscheint in loser Folge in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und wendet sich an Wissenschaft und Praxis.

Wir danken Dieter Bogai und Uwe Sujata für die die konstruktiven Kommentare, Peter Schaade für die Hilfe mit den Daten und die inhaltlichen Anregungen, Annette Röhrig für umfangreiche Arbeiten rund um die Gestaltung dieser Veröffentlichung sowie Sylvia Kosubek für Literaturarbeiten und die hilfreichen Hinweise.

Inhaltsverzeichnis

Das Wichtigste in Kürze	9
1 Frankfurt nach der Finanzkrise – Quo vadis?	10
2 Der Arbeitsmarkt am Finanzplatz Frankfurt	12
3 Welche Aufgaben erfüllen Banken und andere Finanzintermediäre (und was ist die richtige Größe eines Bankensektors)?	27
4 Der Standort Frankfurt als Finanzcluster	30
5 Agglomerationseffekte im Finanzbereich	32
6 Der Finanzplatz Frankfurt im Laufe der Zeit – Ausblick	36
7 Wohin gehst du, Finanzplatz Frankfurt?	39
Literatur	42
Anhang	46

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Auszubildende) im Wirtschaftsabschnitt „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“, Bundesländer, in Prozent, 31.12.2012	13
Abbildung 2:	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Auszubildende) in der Wirtschaftsgruppe „Zentralbanken und Kreditinstitute“, Bundesländer, in Prozent, 31.12.2012	14
Abbildung 3:	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Auszubildende) in der Wirtschaftsgruppe "Zentralbanken und Kreditinstitute" nach Agenturen für Arbeit an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Wirtschaftsgruppe "Zentralbanken und Kreditinstitute" insgesamt, Juni 1999 und 2012, in Prozent	15
Abbildung 4:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Auszubildende) in der Wirtschaftsgruppe "Zentralbanken und Kreditinstitute", Bund/Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2012 (jeweils zum 30.06., Index 1999 = 100, in Prozent)	18
Abbildung 5:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Auszubildende), insgesamt und Bankfachleute, Bund/Hessen/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2011 (jeweils zum 30.06., Index 1999 = 100, in Prozent)	19
Abbildung 6:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Auszubildende), Bankfachleute nach Qualifikation, Bund/Hessen/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2011 (jeweils zum 30.06., Index 1999 = 100, in Prozent)	20
Abbildung 7:	Auszubildende insgesamt und in der Wirtschaftsgruppe "Zentralbanken und Kreditinstitute", Bund/Hessen/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2012 (jeweils zum 30.06., Index 1999 = 100, in Prozent)	21
Abbildung 8:	Anteil der Auszubildenden in der Wirtschaftsgruppe "Zentralbanken und Kreditinstitute" an allen Auszubildenden, Bund/Hessen/Stadt Frankfurt, 1999 und 2012 (jeweils zum 30.06., in Prozent)	21
Abbildung 9:	Medianentgelt (monatliches Brutto) für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) im Wirtschaftszweig "Finanzdienstleistungen", Bund/Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2010 (Index 1999 = 100, in Prozent) – unterschiedliche Wirtschaftszweigklassifikationen*	23
Abbildung 10:	Durchschnittliches Medianentgelt (monatliches Brutto) für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte insgesamt mit Berufsausbildung und Bankfachleute mit Berufsausbildung, Bund/Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2010 (Index 1999 = 100, in Prozent)	24
Abbildung 11:	Bestand gemeldeter offener Stellen für Bankfachleute, Bund/Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 2007 bis 2012 (Jahresdurchschnitt) (Index 2007 = 100, in Prozent)	25
Abbildung 12:	Bestand arbeitsloser Bankfachleute, Bund/Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 2007 bis 2012 (Jahresdurchschnitt) (Index 2007 = 100, in Prozent)	26

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Auszubildende) am Arbeitsort insgesamt und im Wirtschaftszweig Finanzdienstleistungen, Bund/Hessen/Stadt Frankfurt, 2008 und 2012 (jeweils 30.06.)	16
Tabelle 2:	Veränderung 2008 auf 2012 in Prozent, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Auszubildende) am Arbeitsort insgesamt und im Wirtschaftszweig Finanzdienstleistungen, Bund/Hessen/Stadt Frankfurt (jeweils 30.06., in Prozent)	17

Anhangsverzeichnis

Abbildung A 1:	Bestand an Arbeitslosen nach dem Zugangsgrund Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt und ausgewähltem Herkunftsberuf Bankfachleute (BO 691) im Rechtskreis SGB III; Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, Januar 2008 bis Dezember 2012, absolute Werte	46
Abbildung A 2:	Zugang an Arbeitslosen nach dem Zugangsgrund Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt und ausgewähltem Herkunftsberuf Bankfachleute (BO 691) im Rechtskreis SGB III; Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 2007 bis 2009 (Jahressumme), absolute Werte	46
Tabelle A 1:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Auszubildende) in der Wirtschaftsgruppe "Zentralbanken und Kreditinstitute"; Bund/Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2012 (jeweils zum 30.06., Index 1999 = 100, in Prozent)	47
Tabelle A 2:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt und sozialversicherungspflichtig beschäftigte Bankfachleute (BO 691) (ohne Auszubildende); Bund/Hessen/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2011* (jeweils zum 30.06., Index 1999 = 100, in Prozent)	48
Tabelle A 3:	Bestand an Arbeitslosen nach dem Zugangsgrund Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt, ausgewähltem Herkunftsberuf Bankfachleute (BO 691) und Berufsausbildung im Rechtskreis SGB III; Bund/Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 2009 bis 2012 (Jahresdurchschnitt)	49

Das Wichtigste in Kürze

In diesem IAB-Regional diskutieren wir die Bedeutung und Entwicklung des Finanzsektors in Hessen und insbesondere am Standort Frankfurt und geben auf der Basis einer Analyse der heutigen Situation eine Einschätzung ab, wie dieser Bereich sich in den nächsten Jahren gerade im Hinblick auf Beschäftigungsperspektiven entwickeln wird.

Frankfurt ist das wichtigste deutsche Finanzzentrum und eines der wichtigsten in Kontinentaleuropa. Hier findet sich ein Schwerpunkt bei der Beschäftigung im Bankensektor. Von den deutschlandweit rund 580 Tsd. Beschäftigten der Wirtschaftsgruppe „Zentralbanken und Kreditinstitute“ arbeiten knapp zehn Prozent in der hessischen Metropole (50 Tsd. Beschäftigte). Dabei verlief die Entwicklung der Beschäftigung in den letzten 13 Jahren wellenförmig: Dem Beschäftigungsaufbau bis 2002 folgte ein Abbau bis 2007/2008, während seitdem wieder moderate Anstiege zu verzeichnen sind. Die Beschäftigungsentwicklung verlief für Bankkaufleute deutlich positiver als die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung insgesamt; v. a. höherqualifizierte Bankfachleute profitierten. Der Trend zur Höherqualifizierung (Einstellung von Hochschulabsolventen) führte allerdings zu einer deutlichen Verringerung der dualen Berufsausbildungsaktivität bei Bankkaufleuten. Ein deutlicher Aufwärtstrend ist bei der Entgeltentwicklung im Bankbereich zu verzeichnen; die Medianentgelte stiegen im Finanzsektor und bei den dort angesiedelten Berufen deutlich stärker als im Durchschnitt. Auch der Bestand an arbeitslosen Bankkaufleuten konnte in den betrachteten Regionen seit 2007 – Ausnahme Frankfurt – gesenkt werden.

Es gibt wenig Anzeichen dafür, dass sich die insgesamt freundliche Beschäftigungsentwicklung am Standort Frankfurt auf absehbare Zeit ändern wird. Im Gegenteil: Mit der Ansiedlung weiterer europäischer Regulierungskompetenzen, wie der europäischen Bankenaufsicht und der europäischen Versicherungsaufsicht in Frankfurt, wird der Standort aufgewertet. Zugleich ist es im modernen Medienzeitalter keineswegs mehr erforderlich, zur Teilnahme am Aktien- oder Derivatehandel der Deutschen Börse in Frankfurt präsent zu sein, noch verlangt die Anwesenheit der Zentralbank heutzutage notwendig die lokale Präsenz von Banken. Die Anwesenheit kann aber durchaus von Vorteil sein.

Ob in Europa in den kommenden Jahren eine weitere Zentralisierung auf das globale Finanzzentrum London stattfindet, oder ob Frankfurt gegenüber London im Nachgang zur Finanzkrise vielleicht sogar mittelfristig Zugewinne verzeichnen kann, ist schwer zu beurteilen. Für beide Positionen lassen sich gute Gründe anführen. Wir unterstützen die These, dass tendenziell eine weitere Zentralisierung von Finanzaktivitäten in Richtung London stattfinden wird und zwar unabhängig davon, ob die Finanztransaktionssteuer (nur) in Kontinentaleuropa kommt. Dennoch vermuten wir, dass sich Frankfurt mittel- bis langfristig als wichtig(st)es deutsches und kontinentaleuropäisches Finanzzentrum behaupten kann, obwohl es offensichtlich innerhalb Deutschlands Anzeichen einer Dezentralisierung von Bankentätigkeiten gibt (Grote 2005). Für die weiterhin herausgehobene Rolle Frankfurts spricht aber eine Reihe von positiven Standortfaktoren.

Keywords: Arbeitsmarkt Banken und Versicherungen, Finanzcluster, Finanzplatz Frankfurt, Regulierung, Standortentscheidung

*„Prognosen sind eine schwierige Sache –
vor allem dann, wenn sie sich auf die Zukunft beziehen.“
(Kalauer, unzählige Male bei der Vorstellung von Prognosen gehört)*

1 Frankfurt nach der Finanzkrise – Quo vadis?¹

Spätestens seit der durch die Finanzkrise verursachten Wirtschaftskrise von 2008–2009, ist die Rolle von Banken und anderen Finanzintermediären wieder verstärkt in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt.²

Seit diesem Zeitpunkt dauert die Debatte über eine Reregulierung des Bankengeschäfts und anderer Formen der Finanzintermediation an, ohne dass sich bisher ein klares Bild für einen neuen ordnungsrechtlichen Rahmen, der aus dem Gelernten der andauernden Krise hervorgeht (Hellwig 2012), abzeichnet.³ Mit Admati und Hellwig (2013) argumentieren zwei der renommiertesten Experten des Finanzwesens, dass Regulierungstätigkeiten seit 2009 (insbes. die sog. Finanzmarktstabilisierungsgesetze) teilweise nicht zielführend seien in dem Sinne, dass sie das Bankensystem stabiler machen würden (vgl. auch Hellwig 2012).⁴ Die in den Finanzmarktstabilisierungsgesetzen zum Ausdruck kommenden Regulierungstätigkeiten erwecken vielmehr den Eindruck, „... dass es den Verantwortlichen zu keinem Zeitpunkt darum gegangen ist, die Probleme wirklich zu durchdringen und zu lösen.“ (ebd.: 10/11). Darüber hinaus zeige die Geschichte der Regulierung und ihrer Begründungen, „...dass die an der Gesetzgebung Beteiligten es bisher versäumt haben, ein schlüssiges Konzept für den Umgang mit dem Finanzsektor vorzulegen.“ (ebd.: 12).

Hellwig (ebd.) argumentiert, dass die strukturellen Probleme des deutschen Bankenwesens weitgehend ungelöst seien und bisher versäumt worden sei, klare Verantwortlichkeiten (etwa eine Restrukturierungsbehörde) bei einer Bankenabwicklung zu definieren. Der deutsche Gesetzgeber habe es verpasst, das Problem der Überkapazitäten im deutschen Bankensektor überzeugend anzugehen: Weder habe man die Überkapazitäten bei den Landesbanken adressiert, noch das Problem der Überkapazitäten im Pfandbriefbereich angegangen, obwohl dazu, etwa mit einem direkten Eingreifen in diesen Bereich bei den durch den Bund gestützten Institutionen, Gelegenheit bestanden hätte.

¹ Nicht nur zufällig erinnert die Überschrift dieses Kapitels an eine Kapitelüberschrift in Grote (2004). Dieses IAB-Regional orientiert sich nicht zuletzt aufgrund der hohen inhaltlichen Übereinstimmung der Untersuchungsziele in weiten Teilen an dieser exzellenten Arbeit.

² In Burkert/Garloff/Machnig (2012) diskutieren wir die Gründe der Finanz- und Wirtschaftskrise (siehe auch Hellwig 2009).

³ Wir sprechen von einer Reregulierung, weil die 1990er und frühen 2000er durch eine Deregulierung in diesem Bereich gekennzeichnet sind. So haben etwa die vier sogenannten Finanzmarktförderungsgesetze einige Regulierungstatbestände abgeschafft. Die hier wiedergegebenen Argumente berücksichtigen die sich aus den europäischen Beschlüssen zu Bankenrestrukturierung und Bankenaufsicht ergebenden Konsequenzen für das deutsche Finanzsystem nicht. Die Autoren dieser Studie trauen sich eine eigenständige Bewertung dieser Beschlüsse nicht zu. Für Hellwig (2012) sind die Kommissionsvorschläge, auf denen die europäische Gesetzgebung beruht, aber – insbesondere aufgrund der Einrichtung einer Restrukturierungsbehörde mit klaren Kompetenzzuweisungen – sinnvoller als die bisherigen deutschen Regulierungsbemühungen.

⁴ Admati und Hellwig (2013) sprechen sich für eine deutliche Stärkung der Eigenkapitalbasis von Banken aus, um eine höhere Krisenresistenz des Systems zu erreichen. Zugleich argumentieren sie, dass dies – im Gegensatz zu dem, was von Bankern vorgebracht wird – nicht teuer ist, zumindest nicht für die Gesellschaft als Ganzes.

Aus hessischer Sicht ist besonders interessant, wie sich der Standort Frankfurt durch die Krise und ihre Folgen (inklusive der Regulierungstätigkeiten) verändern wird und welche Zukunftsaussichten, Chancen und Risiken für Frankfurt als deutsches Finanz- und europäisches Regulierungszentrum bestehen. In diesem IAB-Regional gehen wir diesen Fragen nach, diskutieren vergangene Entwicklungen und mögliche Folgerungen für die Zukunft.

Der Finanzstandort Deutschland ist vor allem der Standort Frankfurt und Umgebung.⁵ Hier arbeiten rund zwölf Prozent aller Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig (86 % bezogen auf Hessen) und erwirtschaften rund 16 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung in diesem Bereich (Finanz- und Versicherungsdienstleistungen [F+V]) (2011).

Mittlerweile zeichnet sich ab, dass die hessische Finanzwirtschaft (F+V) im Anschluss an die Krise dramatische Rückgänge bei der (realen) Bruttowertschöpfung (um gut 15 %) hinnehmen musste⁶, während die Beschäftigung 2009 noch leicht stieg und von 2009 auf 2010 nur um knapp zwei Prozent sank. 2011 und 2012 wurden diese Beschäftigungsverluste aber bereits wieder wett gemacht. Am aktuellen Rand scheint sich jetzt eine weitere Konsolidierung im Bankenbereich abzuzeichnen.

Vergleicht man die Entwicklung nach der Krise mit der Entwicklung anderer Finanzzentren, so konnte sich Frankfurt gut behaupten und hat heute (31.12.2012 ggü. 31.12.2007) einen höheren Beschäftigungsstand als vor der Krise. London hat dahingegen die Beschäftigung in diesem Bereich um rund ein Drittel reduziert (vgl. Dombret 2013).

Insgesamt stammen 2011 in Deutschland rund 4,4 Prozent der Bruttowertschöpfung (3,5 % der Beschäftigten) aus dem Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Demgegenüber werden im Vereinigten Königreich, das mit London das einzige globale Finanzzentrum⁷ in Europa beherbergt, rund 9,4 Prozent der Bruttowertschöpfung (3,6 % der Beschäftigten) in diesem Bereich erzielt. In Deutschland ist dieser Bereich also deutlich kleiner als in anderen Ländern und gemessen an der Bruttowertschöpfung pro Mitarbeiter auch relativ unprofitabler.

In diesem IAB-Regional diskutieren wir die Bedeutung und Entwicklung des Finanzsektors insbesondere am Standort Frankfurt und geben auf der Basis einer Analyse der heutigen Situation eine Einschätzung ab, wie dieser Bereich sich in den nächsten Jahren gerade im Hinblick auf Beschäftigungsperspektiven entwickeln wird. Die Gliederung dieses IAB-

⁵ Wir stützen uns in diesem Abschnitt der Einfachheit halber auf Daten für den Regierungsbezirk Darmstadt (dieser umfasst 14 der 26 Kreise in Hessen), weil sich in den Kreisen um Frankfurt eine Fülle vom Finanzdienstleistern angesiedelt hat. So ist etwa die deutsche Börse AG seit einigen Jahren nicht mehr in Frankfurt zu Hause sondern in Eschborn.

⁶ Das mag zunächst wie eine Selbstverständlichkeit klingen, da ja die Wirtschaftskrise in der Bankenkrise ihren Ausgang nahm. Jedoch haben erst jüngst Korrekturen der VGR diese Rückgänge offengelegt (vgl. HSL 2013). Zuvor war man davon ausgegangen, dass sich die hohen Wertberichtigungen während der Krise nur beim Bankvermögen, nicht aber in der VGR niederschlagen würden. Für eine Erläuterung, warum sich die Folgen der Bankenkrise nicht unbedingt in Wertschöpfungsveränderungen niederschlagen, siehe Arian (2012).

⁷ Für eine Typologie von Finanzzentren, siehe Spahn/van den Busch (2002). Globale Zentren zeichnen sich dadurch aus, dass die dort abgewickelten Geschäfte zu einem großen Teil keinen konkreten Bezug zu der Volkswirtschaft haben, in der sich das Zentrum befindet (ebd.).

Regional ist wie folgt. Im Folgenden (Kapitel 2) beschreiben wir die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bereich von Bank- und Finanzdienstleistungen in Frankfurt im Detail. In Kapitel 3 beschreiben wir die grundsätzliche Bedeutung von Banken für eine Volkswirtschaft. Weshalb Frankfurt als Finanzcluster verstanden werden sollte und welche Agglomerationseffekte für die Existenz des Clusters verantwortlich gemacht werden können, erläutern wir in Kapitel 4 und 5. Kapitel 6 wagt einen durch die Frankfurter Geschichte begründeten Ausblick auf die Zukunft des Finanzplatzes Frankfurt und Kapitel 7 kehrt zur Ausgangsfrage zurück und fasst zusammen, welche Beschäftigungsperspektiven für den Finanzstandort gesehen werden können.

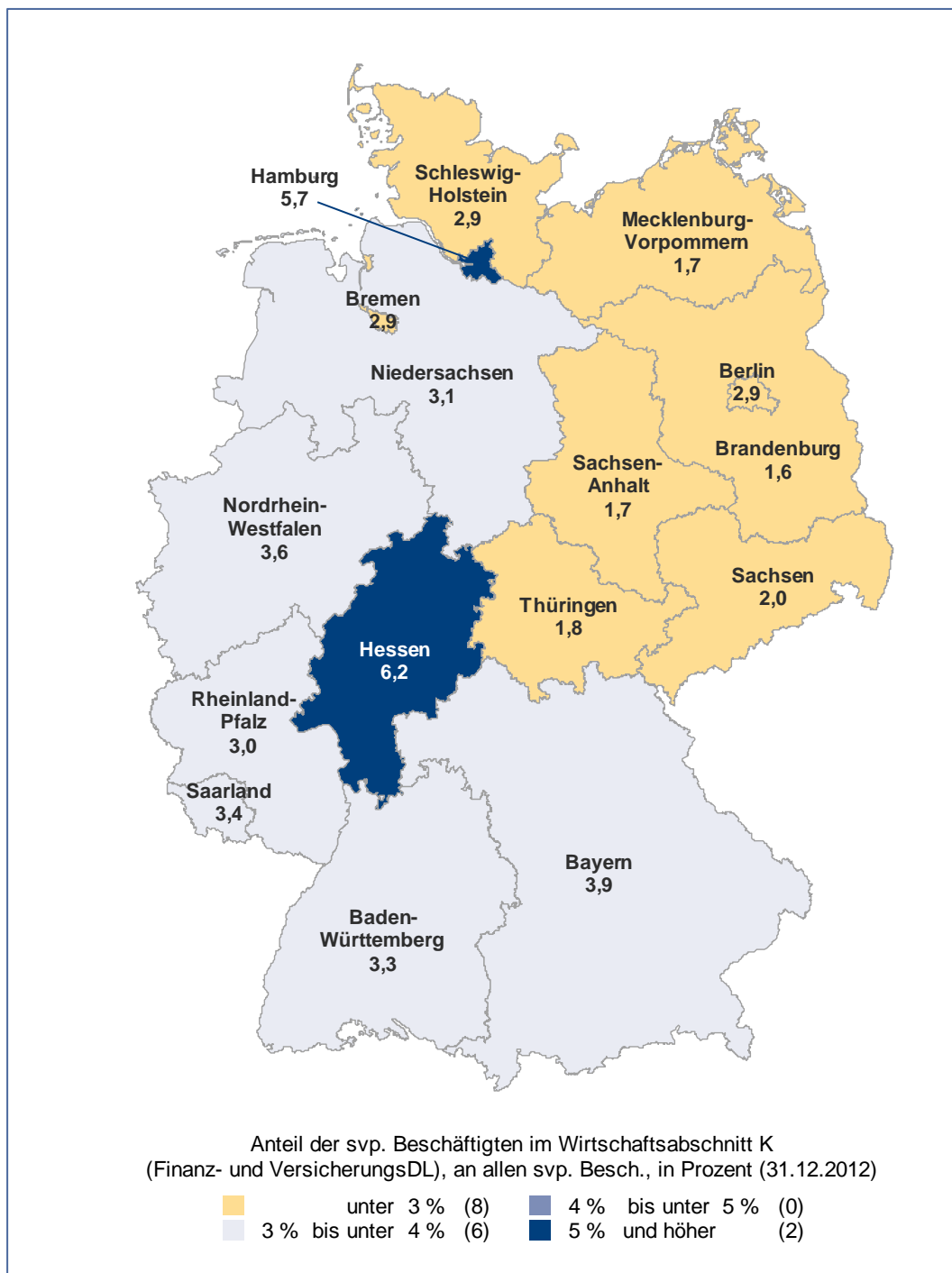
2 Der Arbeitsmarkt am Finanzplatz Frankfurt

In diesem Kapitel beleuchten wir die Position des Finanzplatzes Frankfurt aus der Perspektive des Arbeitsmarktes. Zum einen werden Besonderheiten des Finanzsektors, zum anderen des Frankfurter Arbeitsmarktes herausgearbeitet. Außerdem wird die Entwicklung der letzten Jahre gerade auch über die Phase der Banken- und Finanzkrise hinweg nachgezeichnet.

Räumliche Konzentration

In Deutschland arbeiten 3,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Auszubildende) im Wirtschaftsabschnitt „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“; dies entspricht etwa 956 Tsd. Personen (Stand: 31.12.2012). Allerdings verbergen sich hinter diesen Zahlen erhebliche regionale Disparitäten innerhalb Deutschlands (siehe Abbildung 1). Unter den Flächenstaaten sticht Hessen (6,2 %; 135.600 Personen) sowie der Stadtstaat Hamburg (5,7 %; 47.150 Personen) hervor.

Abbildung 1: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Auszubildende) im Wirtschaftsabschnitt „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“, Bundesländer, in Prozent, 31.12.2012

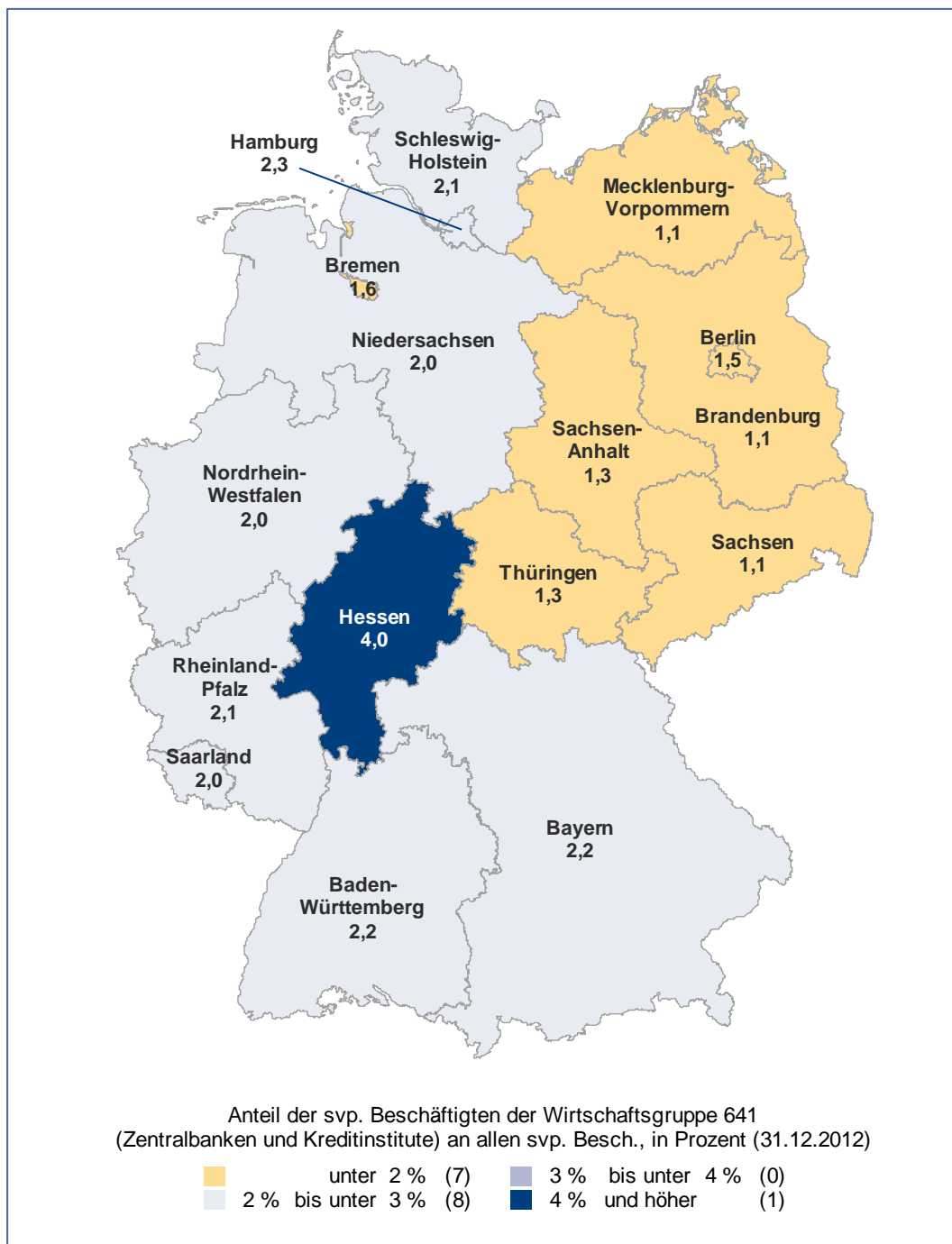


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Im Folgenden legen wir den Schwerpunkt unserer Analyse auf die Beschäftigungsperspektiven in Zentralbanken und Kreditinstituten und fokussieren uns daher auf die Betrachtung der Wirtschaftsgruppe „Zentralbanken und Kreditinstitute“ als Teilbereich des Wirtschaftsabschnitts „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“. 2,1 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten deutschlandweit bei Zentralbanken und Kre-

ditinstituten (575 Tsd. Personen ohne Auszubildende). Auch hier zeigen sich weiterhin die großen regionalen Unterschiede zwischen den Bundesländern (siehe Abbildung 2). Der Anteil von Hessen mit 4,0 Prozent (86.700 Personen) liegt deutlich vor den anderen Bundesländern.

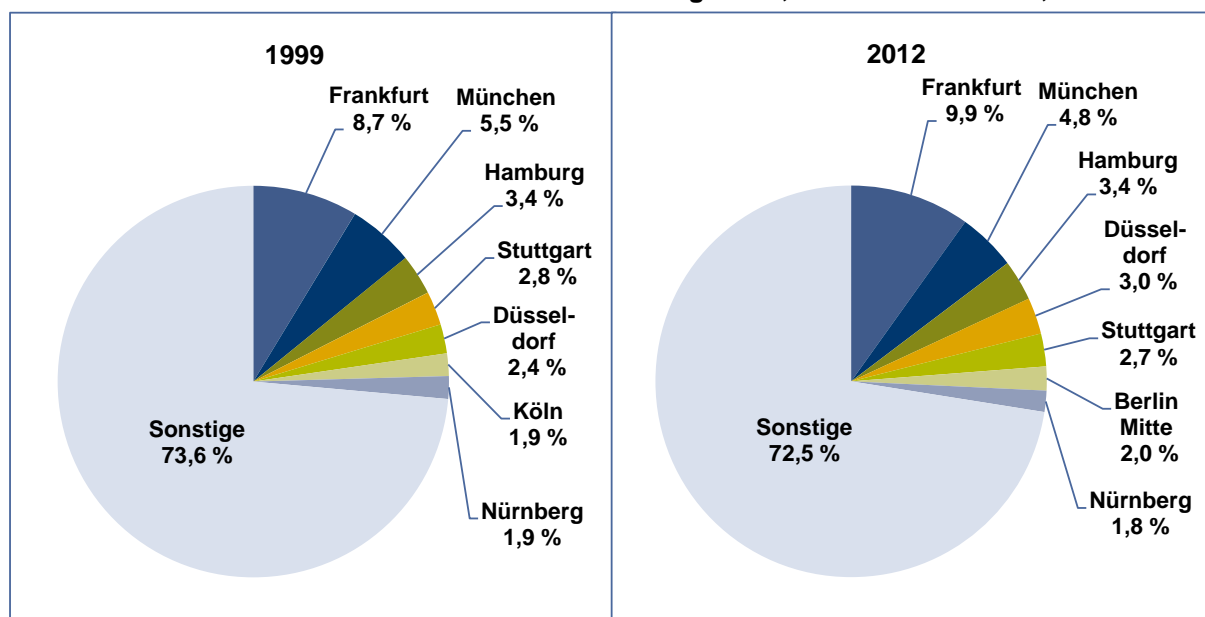
Abbildung 2: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Auszubildende) in der Wirtschaftsgruppe „Zentralbanken und Kreditinstitute“, Bundesländer, in Prozent, 31.12.2012



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Frankfurt ist der größte deutsche Bankenstandort und konnte diese Position in den letzten Jahren noch ausbauen. Abbildung 3 zeigt die Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die einzelnen Standorte. Im Jahr 1999 waren 8,7 Prozent aller Bankbeschäftigten im Bezirk der Agentur für Arbeit Frankfurt tätig.⁸ Dieser Anteil steigerte sich bis 2012 auf 9,9 Prozent (siehe Abbildung 3). Drei Viertel der Beschäftigten verteilen sich allerdings in beiden Betrachtungszeiträumen auf viele kleine Städte und Ortschaften.⁹

Abbildung 3: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Auszubildende) in der Wirtschaftsgruppe "Zentralbanken und Kreditinstitute" nach Agenturen für Arbeit an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Wirtschaftsgruppe "Zentralbanken und Kreditinstitute" insgesamt, Juni 1999 und 2012, in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Entwicklung der Beschäftigung am Finanzplatz Frankfurt

Im Wirtschaftszweig Finanzdienstleistungen arbeiten bundesweit 2,4 Prozent (670 Tsd. Personen), in Hessen 5,0 Prozent (109 Tsd.) und in Frankfurt 13,2 Prozent (65 Tsd.) aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Juni 2012, ohne Auszubildende). Die Systematik des Wirtschaftszweiges Finanzdienstleistungen umfasst „Zentralbanken/Kreditinstitute“, „Beteiligungsgesellschaften“, „Treuhand- und sonst. Fonds u. ä.“, „Sonstige Finanzinstitutionen“ und „mit Finanzdienstleistungen verbundene Tätigkeiten, Fondsmanagement“. Ein Großteil der Beschäftigten entfällt auf die Wirtschaftsgruppe „Zentralbanken/Kreditinstitute“ (siehe Tabelle 1).

⁸ Für eine bessere Vergleichbarkeit wurde die regionale Einheit „Agentur für Arbeit“ gewählt.

⁹ Vgl. Bischoff (2013a) für eine Darstellung, welche Beschäftigte des Wirtschaftsabschnitts „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ sowie Bischoff (2013b) für eine Darstellung, welche Beschäftigte der größten Banken am Finanzplatz Frankfurt umfasst.

Tabelle 1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Auszubildende) am Arbeitsort insgesamt und im Wirtschaftszweig Finanzdienstleistungen, Bund/Hessen/Stadt Frankfurt, 2008 und 2012 (jeweils 30.06.)

Wirtschaftszweige	Bund		Hessen		Stadt Frankfurt/Main	
	Juni 2008	Juni 2012	Juni 2008	Juni 2012	Juni 2008	Juni 2012
Insgesamt	25.954.041	27.545.387	2.070.517	2.178.952	473.400	494.529
<i>darunter</i>						
Finanzdienstleistungen	666.365	670.852	107.821	108.673	64.108	65.040
<i>darunter</i>						
Zentralbanken, Kreditinstitute	598.616	578.805	88.793	87.403	50.200	50.305
Anteil an Finanzdienstleistungen	89,8 %	86,3 %	82,4 %	80,4 %	78,3 %	77,3 %
Beteiligungsgesellschaften	5.542	14.108	1.218	1.788	935	992
Treuhand- u. sonstige Fonds u. ä.	697	1.322	184	191	160	126
Sonstige Finanzierungsinstitutionen	27.484	29.982	7.533	6.443	5.493	4.561
mit Finanzdienstleistungen verbundene Tätigkeiten, Fondsmanagement	34.026	46.635	10.093	12.848	7.320	9.056

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung.

Tabelle 2 zeigt die Veränderungsraten von 2008 auf 2012.¹⁰ Bei der Beschäftigung insgesamt erfolgte ein Zuwachs, der allerdings für die Stadt Frankfurt im Vergleich zu Hessen und dem Bund am geringsten ausgeprägt war. Deutlich überproportional wuchs die Beschäftigung aber im Bereich der Finanzdienstleistungen: Während der Bund lediglich einen Zuwachs von 0,7 Prozent verzeichnete, konnte Frankfurt um 1,5 Prozent zulegen. In Frankfurt ergibt sich für die Beschäftigung bei Zentralbanken und Kreditinstitute ein minimales Plus; Bund und Hessen bauten hingegen ab.

¹⁰ Wegen der Einführung der Wirtschaftsklassifikation WZ2008 beginnt der Betrachtungszeitraum im Jahr 2008. Durch veränderte Wirtschaftszweigklassifikationen ist eine konsistente Zeitreihe über den kompletten Zeitraum nicht möglich.

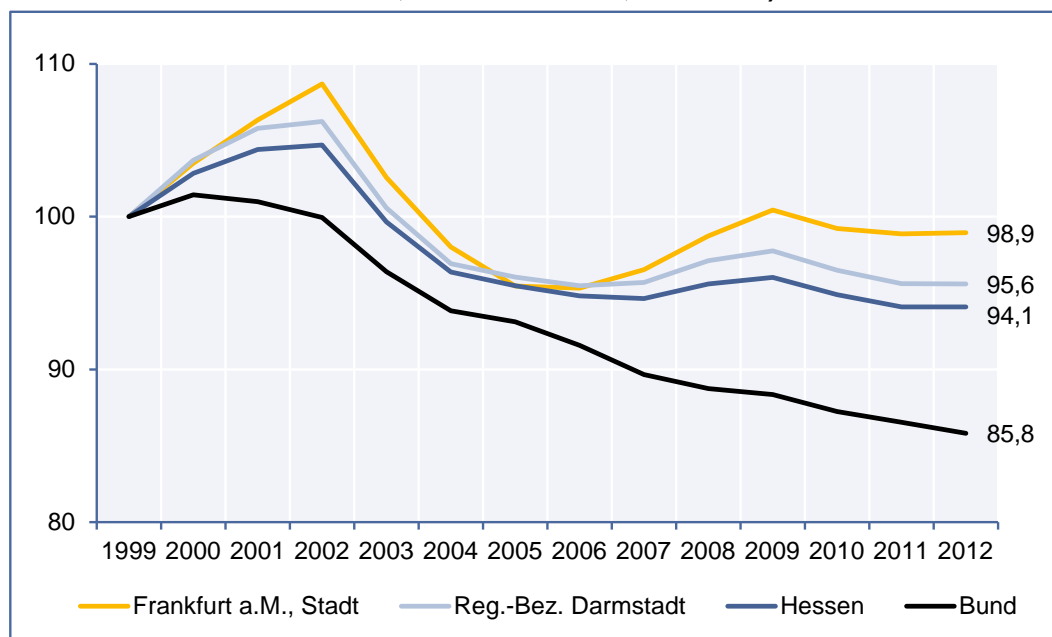
Tabelle 2: Veränderung 2008 auf 2012 in Prozent, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Auszubildende) am Arbeitsort insgesamt und im Wirtschaftszweig Finanzdienstleistungen, Bund/Hessen/Stadt Frankfurt (jeweils 30.06., in Prozent)

Wirtschaftszweige	Bund	Hessen	Stadt Frankfurt
insgesamt	6,1	5,2	4,5
<i>darunter</i>			
Finanzdienstleistungen	0,7	0,8	1,5
<i>darunter</i>			
Zentralbanken, Kreditinstitute	-3,3	-1,6	0,2
Beteiligungsgesellschaften	154,6	46,8	6,1
Treuhand- u. sonstige Fonds u. ä.	89,7	3,8	-21,3
Sonstige Finanz. Institutionen	9,1	-14,5	-17,0
mit Finanzdienstleistungen verbundene Tätigkeiten, Fondsmanagement	37,1	27,3	23,7

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Die Betrachtung der Entwicklung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Zentralbanken und Kreditinstituten ab 1999 zeigt für die Regionen (Bund, Hessen, Regierungsbezirk Darmstadt und Stadt Frankfurt) erhebliche Unterschiede (vgl. Abbildung 4; sowie Tabelle A 1). Am Ende des betrachteten Zeitraums (2012) verzeichnen alle vier Regionen einen Rückgang. Am stärksten ist diese negative Entwicklung für den Bund mit -14,2 Prozent, während der Rückgang für Hessen insgesamt (-5,9 %) und den Regierungsbezirk Darmstadt (-4,4 %) deutlich moderater ausfiel. Für Frankfurt zeigt sich lediglich eine Abnahme um 1,1 Prozent im Vergleich zum Ausgangsjahr 1999. Innerhalb dieser 13 Jahre zeigen sich deutliche Schwankungen, die allerdings auf unterschiedlichen Niveaus verlaufen. Bis zum Jahr 2002 erfolgt ein starker Beschäftigungsaufbau (v. a. für Frankfurt), doch die Banken- und Börsenkrise (Schuster/Widmer 2004) führte danach zu einem deutlichen Abbau bis 2007 (Hessen: 94,6 %; Regierungsbezirk Darmstadt 95,7 %; Frankfurt 96,5 % des Ausgangsniveaus von 1999). Danach gelingt es nur noch Frankfurt die Beschäftigung signifikant zu steigern (und damit auch das Beschäftigungsniveau im Regierungsbezirk Darmstadt und im Land Hessen zu stabilisieren) und annähernd das Niveau der Ausgangssituation zu erreichen. Die Entwicklung im Bund verläuft erheblich anders. Nach einem minimalen Anstieg geht die Beschäftigung kontinuierlich zurück.

Abbildung 4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Auszubildende) in der Wirtschaftsgruppe "Zentralbanken und Kreditinstitute", Bund/Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2012 (jeweils zum 30.06., Index 1999 = 100, in Prozent)



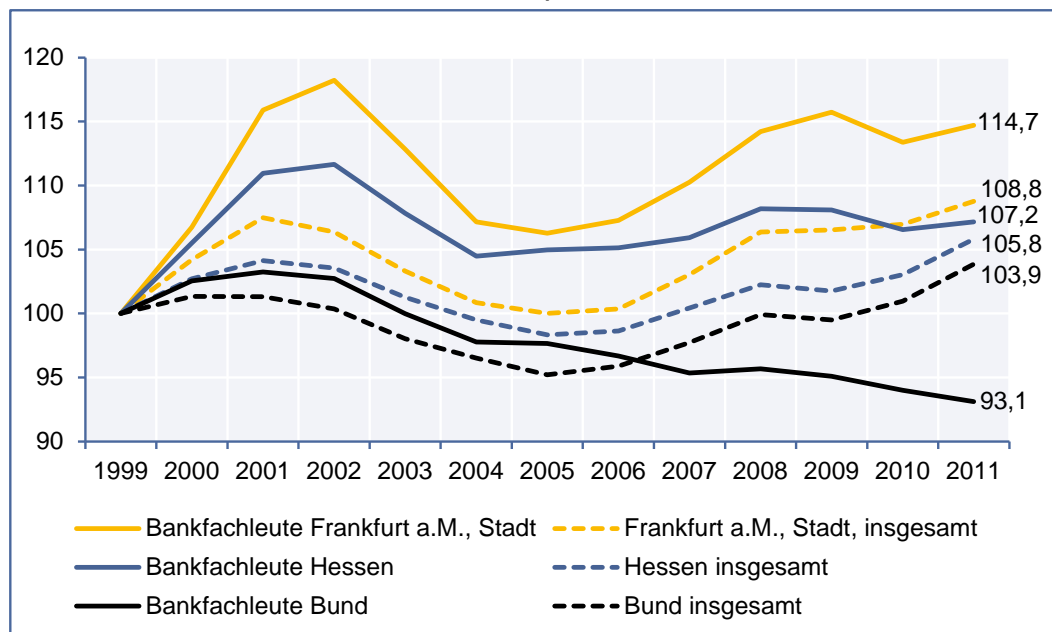
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Neben der Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung in der Wirtschaftsgruppe „Zentralbanken und Kreditinstitute“, welche außer Bankfachleuten beispielsweise auch Beschäftigte im IT-Bereich oder Verwaltung enthalten kann, steht im Folgenden die Entwicklung des beruflichen Arbeitsmarktes der Bankfachleute im Fokus der Betrachtung. Bankfachleute umfassen nach der Klassifikation der Berufe 1988 (KldB 1988) Bankfachleute allgemein, Devisenfachleute, Kreditfachleute, Geldanlageberater, Gelddisponenten/Börsenvertreter, Bankrevisoren/-prüfer, sonstige Banksachbearbeiter, Sparkassenfachleute sowie andere Bankfachleute. Abbildung 5 zeigt die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Bankfachleute sowie die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt für die Jahre 1999 bis 2011.¹¹ Im Vergleich zum Basisjahr steigt die Beschäftigung insgesamt in allen drei regionalen Einheiten, wobei zwei wesentliche Entwicklungen zu erkennen sind. Erstens verläuft die Entwicklung der Beschäftigung insgesamt (gestrichelte Linien) wellenförmig und nahezu parallel und zweitens sinkt lediglich Frankfurt in diesem Zeitraum nie unter das Ausgangsniveau von 1999. Der Zuwachs beträgt für Frankfurt rund neun Prozent, für Hessen sechs Prozent und für den Bund lediglich vier Prozent. Die Beschäftigungsentwicklung der Bankfachleute (durchgezogene Linien) folgt einem anderen Muster: Im Bund zeigt sich - nach einer leichten Steigerung zu Beginn des Jahrtausends – eine kontinuierlich negative Entwicklung, bis 2011 kommt es zu einem Rückgang um 6,9 Prozent. Hessen und Frankfurt entwickeln sich im Vergleich zum Ausgangsjahr 1999 deutlich positiver, allerdings wellenförmig mit einem Höchststand 2002. Die Bankenkrise 2002 (Schuster/Widmer 2004;

¹¹ Der Betrachtungszeitraum endet 2011, da durch die Neueinführung der Klassifikation der Berufe (KldB 2010) für eine Übergangsphase bis Mitte 2012 keine Daten für Berufe verfügbar waren.

Wilkins 2004) führt zu einem deutlichen Abbau bis 2005 und seither erfolgt ein gemäßigter (Hessen) und ein beachtlicher (Frankfurt) Stellenaufbau. Frankfurt kann sich dabei als Beschäftigungsort für Bankfachleute klar behaupten (2011: +14,7 %) (vgl. Tabelle A 2).

Abbildung 5: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Auszubildende), insgesamt und Bankfachleute, Bund/Hessen/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2011 (jeweils zum 30.06., Index 1999 = 100, in Prozent)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

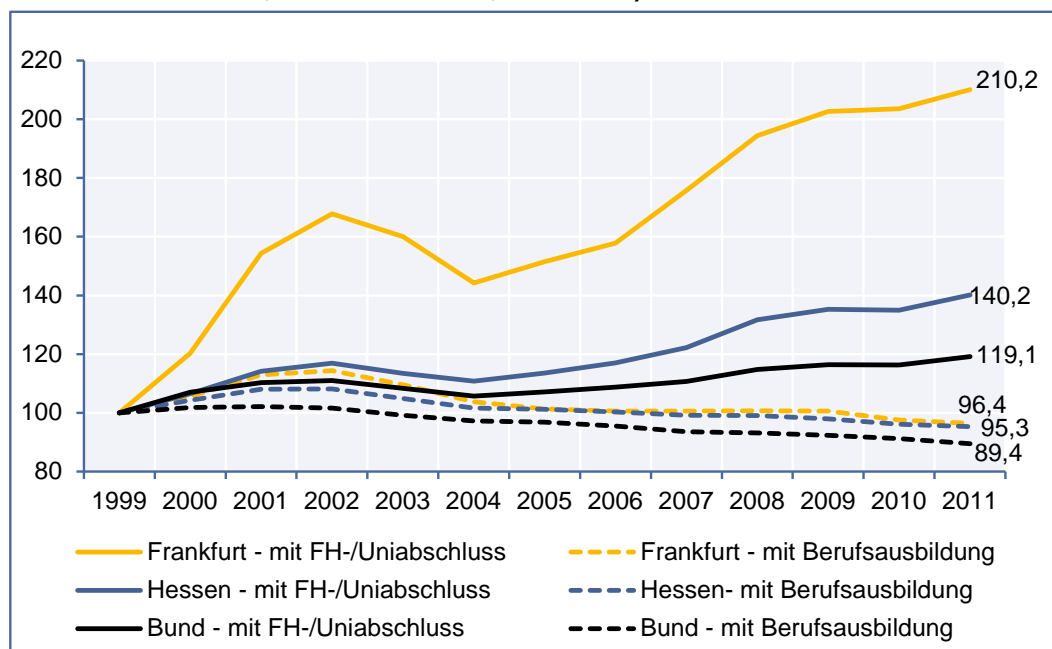
Trend zur Höherqualifizierung

Zu den bedeutenden Veränderungen in den Organisationsstrukturen im Bankbereich zählen (Haipeter 2006) unter anderem die Automatisierung von Bankdienstleistungen und die Reduzierung der Filialnetze. Eine zunehmend stärker werdende Segmentierung der Kundengruppen¹² diente dabei auch als Grundlage für die Unternehmensreorganisation, welche zu einer räumlichen und personellen Trennung der Segmente bei einigen Banken führte. Haipeter (2006) konstatiert, dass die spezialisierten Beratungsbereiche zunehmend von Beschäftigten mit hochwertigen Qualifikationen (Hochschulabsolventen oder Absolventen der Berufsakademien mit Fachrichtung Bank) – also oberhalb der dualen Berufsausbildung – besetzt werden. Dieser Trend zur Höherqualifizierung bei Bankfachleuten ist in Abbildung 6 deutlich zu erkennen. Während sich die Anzahl der Bankfachleute mit Berufsausbildung (gestrichelte Linien) seit dem Basisjahr 1999 negativ entwickelt (bis 2011: Bund -10,6 %; Hessen -4,7 %; Frankfurt -3,6 %), verläuft die Entwicklung von Bankfachleuten mit Fachhochschul- oder Hochschulausbildung (durchgezogene Linien) extrem positiv. Bundesweit ist das bis 2011 ein Zuwachs von rund 20 Prozent, in Hessen von 40 Prozent und in Frankfurt hat sich deren Anzahl in nur zwölf Jahren mehr als verdoppelt. Vor allem am Finanzplatz Frank-

¹² Wealth Management, Individualkunden und Normal-/Standardkunden.

furt ist die Tendenz zur Höherqualifizierung sehr stark ausgeprägt. Dies hat allerdings Konsequenzen für das Ausbildungsverhalten der Banken (siehe nachfolgend).

Abbildung 6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Auszubildende), Bankfachleute nach Qualifikation, Bund/Hessen/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2011 (jeweils zum 30.06., Index 1999 = 100, in Prozent)



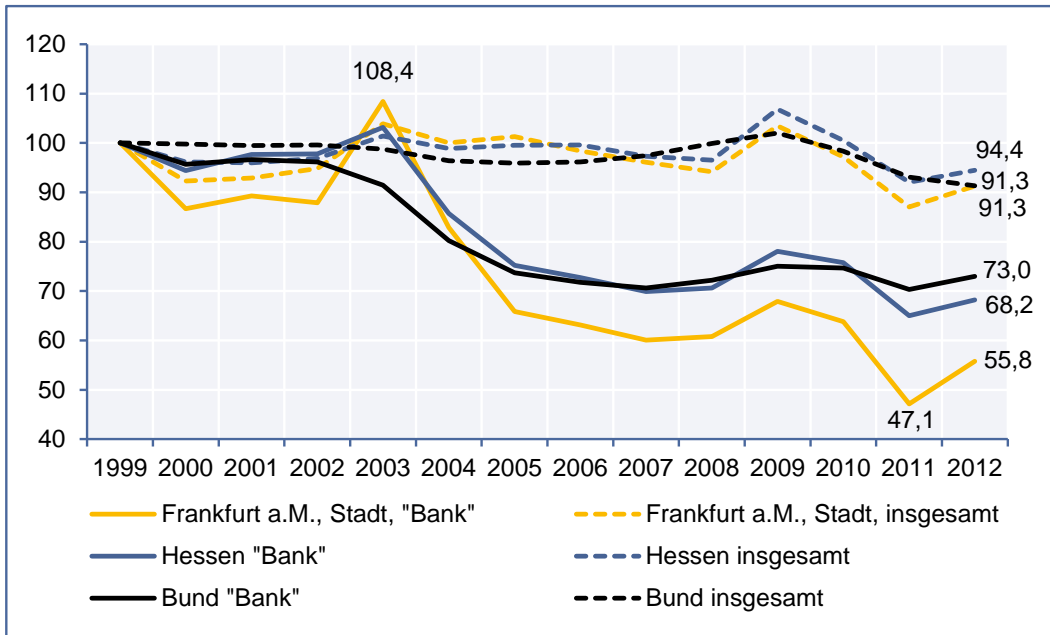
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Entwicklung der Ausbildungssituation am Finanzplatz Frankfurt

Parallel zur Entwicklung der Beschäftigungssituation ist nun die Entwicklung der Ausbildungssituation zu betrachten. Abbildung 7 zeigt die Entwicklung der Anzahl der Auszubildenden sowohl insgesamt (gestrichelte Linien) als auch in der Wirtschaftsgruppe „Zentralbanken und Kreditinstitute“ (durchgezogene Linien) für den Zeitraum 1999 bis 2012 jeweils für den Bund, Hessen und die Stadt Frankfurt.¹³ Im Vergleich zum Ausgangsjahr 1999 nimmt die Anzahl der Auszubildenden - unabhängig von der Wirtschaftsgruppe - ab (Ausnahmen: 2003 und 2009). Während die Anzahl der Auszubildenden insgesamt in allen drei Regionen moderat sinkt (Hessen -5,6 %; Bund/Frankfurt -8,7 %) entwickelt sich die Anzahl der Auszubildenden im Bankbereich rapide abwärts. In Frankfurt sinkt der Anteil um beinahe die Hälfte (-44,2 %, von 1.426 auf 795), in Hessen um knapp ein Drittel (-31,8 %) und im Bund um gut ein Viertel (-27,0 %).

¹³ Für den Zeitraum 1991 bis 1999 ist ebenfalls ein Rückgang zu verzeichnen vgl. Brötz/Dorsch-Schweitzer/Haipeter (2006) sowie Hall (2004).

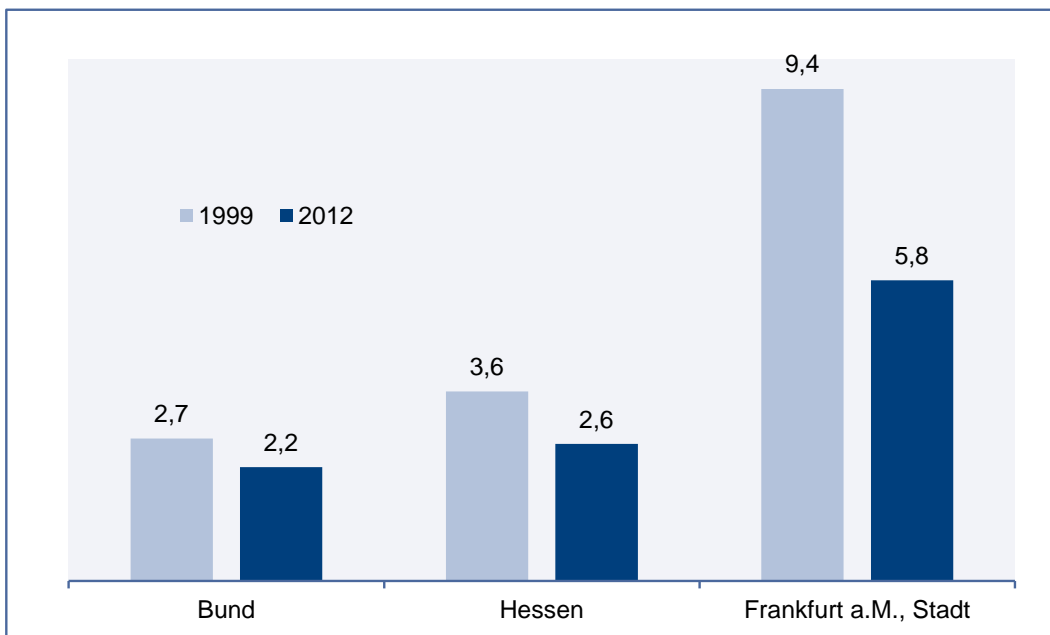
Abbildung 7: Auszubildende insgesamt und in der Wirtschaftsgruppe "Zentralbanken und Kreditinstitute", Bund/Hessen/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2012 (jeweils zum 30.06., Index 1999 = 100, in Prozent)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Dieser rasante Rückgang – v. a. in Frankfurt – verdeutlicht sich beim zeitlichen Vergleich des Anteils der Auszubildenden im Bankbereich an allen Auszubildenden. Dieser Anteil sank von 9,4 Prozent auf 5,8 Prozent im Zeitraum 1999 bis 2012. Die Rückgänge für Hessen und Bund verliefen moderat (siehe Abbildung 8).

Abbildung 8: Anteil der Auszubildenden in der Wirtschaftsgruppe "Zentralbanken und Kreditinstitute" an allen Auszubildenden, Bund/Hessen/Stadt Frankfurt, 1999 und 2012 (jeweils zum 30.06., in Prozent)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Der Rückgang der Ausbildungszahlen ist nicht nur für sich genommen hoch, sondern er liegt auch weit über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt und die Dynamik des Rückgangs ist im privaten Bankgewerbe überdurchschnittlich stark (Haipeter 2006). Brötz/Dorsch-Schweitzer/Haipeter (2006) vermuten einen Systembruch im Ausbildungsverhalten des Bankgewerbes: Die Veränderungen in den Organisationsstrukturen der Banken haben entscheidende Folgewirkungen für die Einsatzbereiche und Tätigkeitsprofile der Bankfachleute und hieraus ergeben sich zentrale Herausforderungen für das Berufsbild und die Organisation. Der Trend zu Höherqualifizierung (vgl. Abbildung 6) – realisiert durch die Einstellung von Hochschulabsolventen – geht zu Lasten der dualen Berufsausbildung Bankkaufmann/-frau und einer deutlichen Verringerung der dualen Ausbildungsaktivitäten der Banken.

Entgeltentwicklung

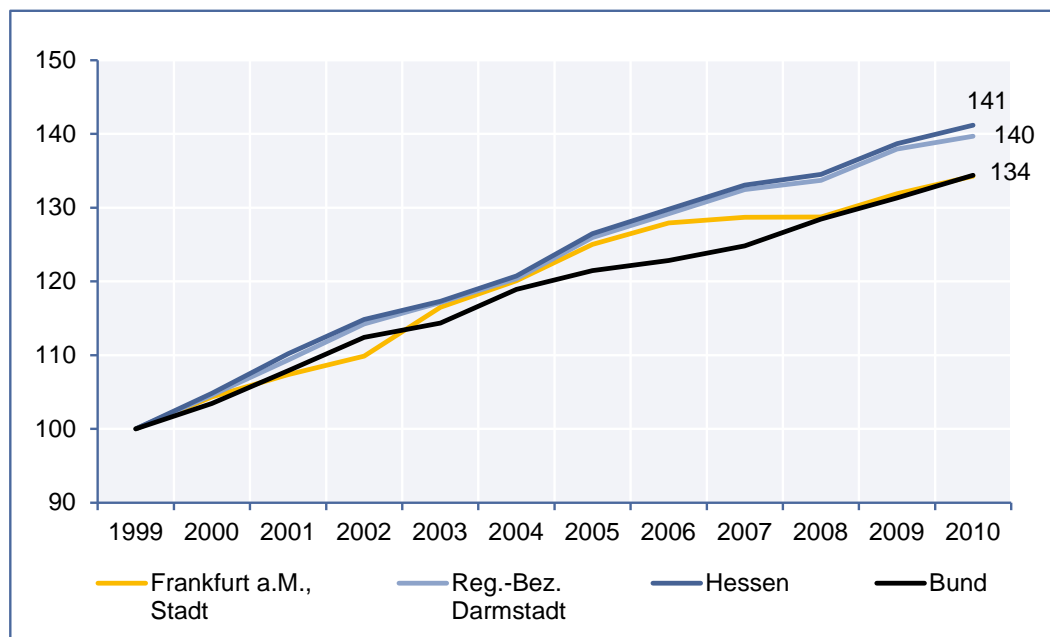
Die Entgeltentwicklung kann als weiteres relevantes Kriterium zur Beurteilung der Beschäftigungsentwicklung herangezogen werden. Ausgangspunkt ist das Medianentgelt (brutto), also das mittlere Entgelt bei dem die Hälfte der Beschäftigten weniger als dieses oder genau das mittlere Entgelt und die andere Hälfte das mittlere Entgelt oder mehr erhält.¹⁴

Abbildung 9 zeigt zunächst die Entwicklung des Medianentgelts im Wirtschaftszweig „Finanzdienstleistungen“. Im Ausgangsjahr 1999 weist das Medianentgelt in den betrachteten Regionen große Unterschiede auf: Bund 3.081 Euro, Hessen 3.632 Euro, Regierungsbezirk Darmstadt 3.788 Euro und Frankfurt 4.045 Euro. Den höchsten Zuwachs verzeichnen die Beschäftigten in Hessen bzw. Regierungsbezirk Darmstadt bis 2010 (+41 % bzw. +40 %), im Bund und in Frankfurt beträgt dieser etwas weniger (+34 %). Die Reihenfolge aus 1999 bleibt in 2010 erhalten und die Entgeltunterschiede zwischen den hessischen Einheiten und dem Bund sind beträchtlich, zwischen den hessischen Einheiten aber eher gering (Bund: 4.140; Hessen: 5.127 Euro; Regierungsbezirk Darmstadt: 5.291 Euro; Frankfurt: 5.431 Euro).¹⁵

¹⁴ Von den Arbeitgebern ist das sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelt nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung in die Meldungen einzutragen (Für 2014 Bruttomonatsentgelte; West: 5.950,- EUR; Ost: 5.000,- EUR). Daher sind die Einkommensdaten in der Entgeltstatistik der BA rechtszensiert. Diese Zensurierung der Einkommensverteilung am oberen Rand hat zur Folge, dass die Berechnung des arithmetischen Mittels methodisch nicht sinnvoll ist, da die tatsächlichen Bruttoarbeitsentgelte oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze nicht bekannt sind. Daher weisen wir in dieser Publikation anstatt des arithmetischen Mittels das Medianentgelt aus. Das Medianentgelt ist gerade das Entgelt, bei dem die Hälfte der betrachteten Gruppe der Beschäftigten ein geringeres Entgelt erzielt und die andere Hälfte ein höheres Entgelt. Der Median hat gegenüber dem arithmetischen Mittel folgende Vorteile: Eine offene obere Klasse (bzw. eine Zensurierung an einem höchsten Wert) verhindert nicht die Berechnung des Medians, wenn der Median kleiner ist als der Wertebereich der offenen oberen Klasse (bzw. kleiner ist als die Zensurierungsgrenze). Außerdem beeinflussen Ausreißer (also besonders hohe oder besonders niedrige Werte) den Median weniger stark als das arithmetische Mittel.

¹⁵ Die Entgeltstatistik ist momentan nur bis 2010 verfügbar. Um eine Verzerrung der Entgeltberechnung zu vermeiden, wurden Auszubildende von der Betrachtung ausgeschlossen. Wegen fehlender Angaben zur Arbeitszeit konzentrierten wir uns auf Vollzeitbeschäftigte.

Abbildung 9: Medianentgelt (monatliches Brutto) für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) im Wirtschaftszweig "Finanzdienstleistungen", Bund/Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2010 (Index 1999 = 100, in Prozent) – unterschiedliche Wirtschaftszweigklassifikationen*



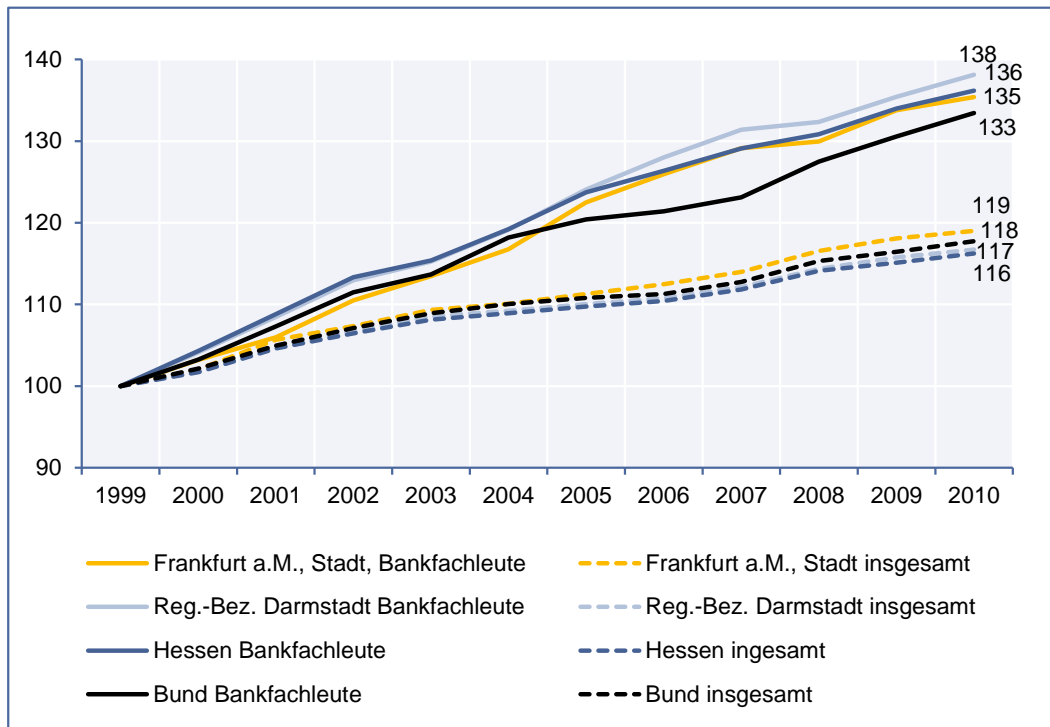
* Aufgrund von Wechseln in den Wirtschaftszweigsystematiken (WZ93: bis 2002, WZ03: 2003-2007, WZ08: ab 2008) sind die Daten der einzelnen Wirtschaftszweige innerhalb einer langen Zeitreihe nur eingeschränkt vergleichbar.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

In Abbildung 10 ist die Entgeltentwicklung der Bankfachleute mit Berufsausbildung der Entgeltentwicklung aller Beschäftigten mit Berufsausbildung (gemessen am Medianlohn) – jeweils regionalisiert – gegenübergestellt. Im Vergleich zu allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfolgt bei den Bankfachleuten mit einer Berufsausbildung eine überproportionale Entgeltentwicklung (Bund gesamt: 18 % vs. Bankfachleute: 33 %, Hessen: 16 % vs. 36 %, Regierungsbezirk Darmstadt: 17 % vs. 38 %, Frankfurt: 19 % vs. 35 %). Der Medianlohn ist im Bankbereich deutlich schneller angestiegen als der Medianlohn aller Bereiche. Über die betrachteten Regionen hinweg ist im Bund und bei Frankfurter Bankfachleuten mit Berufsausbildung der Zuwachs zwar am geringsten ausgeprägt, doch deren Median ist in Frankfurt bereits wie 1999 auch in 2010 noch deutlich höher (Bund: 1999 – 3.002 Euro vs. 2010 – 4.007 Euro; Hessen: 1999 – 3.407 Euro vs. 2010 – 4.639 Euro; Regierungsbezirk Darmstadt: 1999 – 3.576 Euro vs. 2010 – 4.938 Euro; Frankfurt: 1999 – 3.923 Euro vs. 2010 – 5.310 Euro).¹⁶

¹⁶ Auf eine Darstellung der Entgeltentwicklung für Vollzeitbeschäftigte mit (Fach-) Hochschulausbildung insgesamt und für Bankfachleute mit Hochschulabschluss wird verzichtet, da diese Entgelte deutlich über der Beitragsbemessungsgrenze liegen und eine Darstellung somit nicht sinnvoll ist (Erfassung der Entgelte nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze).

Abbildung 10: Durchschnittliches Medianentgelt (monatliches Brutto) für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte insgesamt mit Berufsausbildung und Bankfachleute mit Berufsausbildung, Bund/Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2010 (Index 1999 = 100, in Prozent)



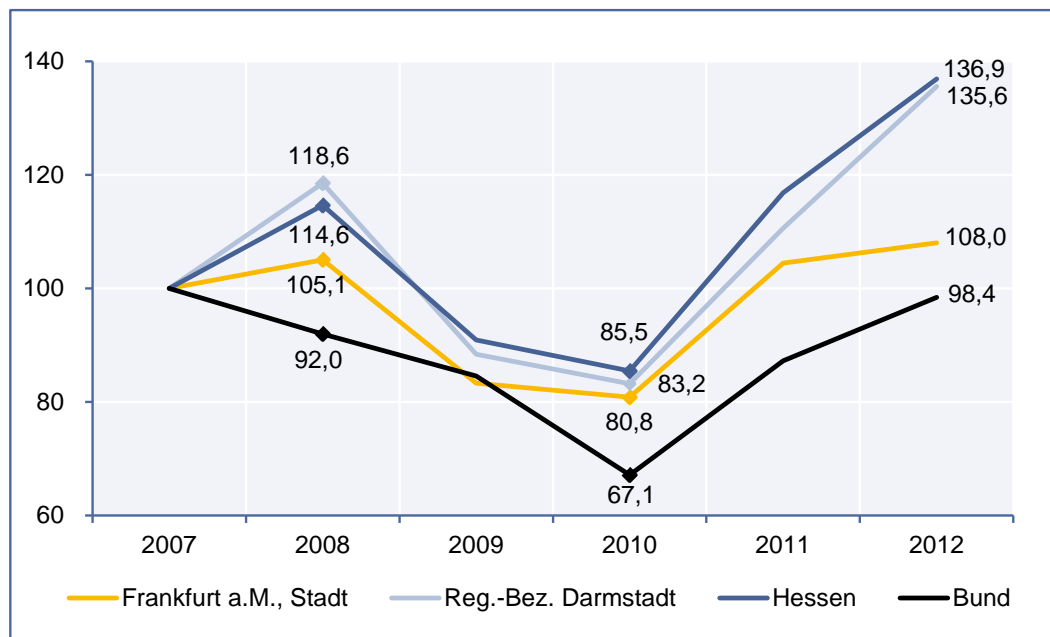
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Entwicklung des Bestands an offenen Stellen

Die Entwicklung des Bestands der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten offenen Stellen weist einen Teil der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes aus.¹⁷ Für Bankfachleute zeigen sich einerseits im Zeitraum 2007 bis 2012 erhebliche Schwankungen und andererseits deutliche Unterschiede zwischen den betrachteten Regionen.

¹⁷ Die Bundesagentur für Arbeit kennt noch weitere Arbeitsstellen als die bei ihr direkt gemeldeten und bezieht diese in ihre Vermittlungsbemühungen mit ein. Dazu gehören insbesondere die Angebote aus der Job-Börse und dem Job-Roboter, einer Suchmaschine, die täglich Internetseiten in Deutschland ansässiger Unternehmen nach Arbeitsstellenangeboten durchsucht.

Abbildung 11: Bestand gemeldeter offener Stellen für Bankfachleute, Bund/Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 2007 bis 2012 (Jahresdurchschnitt) (Index 2007 = 100, in Prozent)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Nach einem leichten Anstieg in 2008 (Ausnahme Bund), sank die Nachfrage nach Bankfachleuten bis 2010 rapide. Ab 2010 zeichnete sich bis 2011 ein deutlicher Rückgang und bis 2012 ein starker Anstieg ab. Auf Bundesebene wurde in 2012 lediglich das Ausgangsniveau von 2007 wieder knapp erreicht. Der starke Anstieg von Hessen schlug sich v. a. im Regierungsbezirk Darmstadt nieder (+35,6 % gegenüber 2007), da dort über den gesamten Zeitraum rund 88 Prozent aller offenen Stellen Hessens zu finden sind. Eine deutlich geringere Zunahme der (unbefriedigten) Nachfrage verzeichnete die Stadt Frankfurt, lediglich ein Plus von acht Prozent gegenüber dem Ausgangsjahr. Dies geht einher mit dem Rückgang des Anteils Frankfurts an allen offenen Stellen in Hessen: 2007 waren noch 67 Prozent aller offenen Stellen für Bankfachleute in Hessen in Frankfurt zu finden – im Jahr 2012 waren es lediglich rund 53 Prozent.

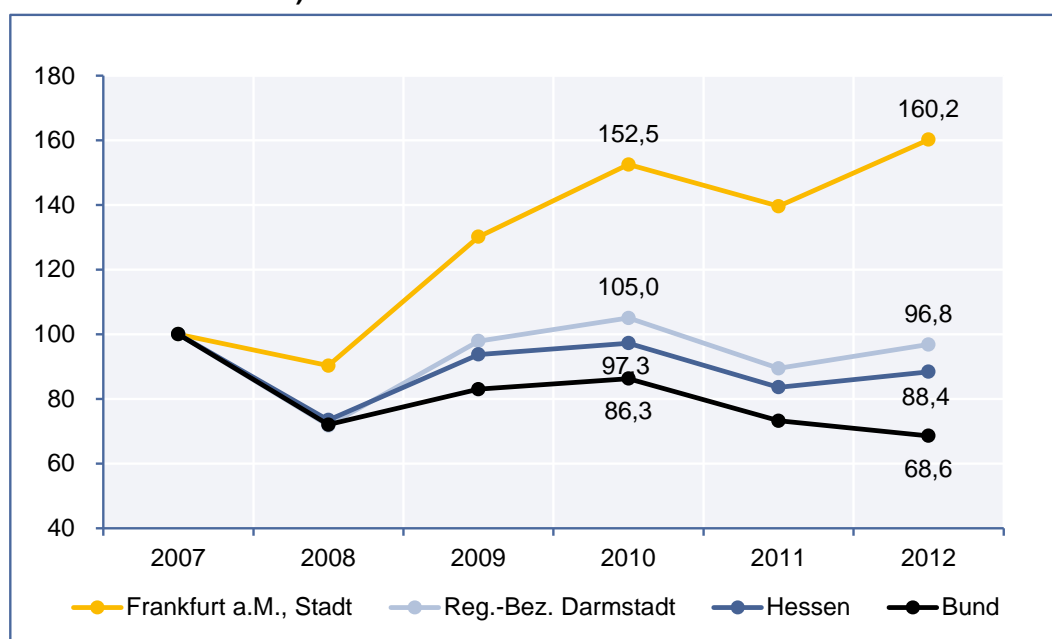
Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung des Bestands an arbeitslosen Bankfachleuten verläuft im betrachteten Zeitraum 2007 bis 2012 in den Regionen auf deutlich unterschiedlichen Niveaus, allerdings mit einer ähnlichen Struktur. Am besten gelingt der Abbau im Bund – die Arbeitslosigkeit sank um 31,4 Prozent bis 2012 und stellt somit für den betrachteten Zeitraum das beste Ergebnis dar. Ebenso sank in Hessen die Arbeitslosigkeit, allerdings weniger stark als im Vergleich zum Bund: Ein Minus von 11,6 Prozent in 2012 gegenüber dem Ausgangsjahr – aber somit deutlich höher als der beste Wert mit -28 Prozent in 2008. Im Regierungsbezirk Darmstadt wird in 2012 beinahe das Ausgangsniveau von 2007 erreicht. Nach dem positiven Ergebnis in 2008 erfolgte ein deutlicher Aufbau der Arbeitslosigkeit bis 2010 (+5,0 %), danach konnte diese wieder gesenkt werden. Der Arbeitsmarkt für Bankfachleute in Frankfurt konnte sich

von der Krise in 2008 nicht erholen, hier stieg die Arbeitslosigkeit sehr stark bis 2012 (+60,2 %).

Allerdings handelt es sich hierbei um geringe Bestände an arbeitslosen Bankfachleuten. Arbeitslos waren beispielsweise im Dezember 2012 in Hessen 453, im Regierungsbezirk Darmstadt 387 und in der Stadt Frankfurt 148 Bankfachleute (vgl. Abbildung A 1 im Anhang). Auffallend ist jedoch der erhöhte Anteil an arbeitslosen Akademikern bei den Bankfachleuten von über 50 Prozent für Frankfurt, in den anderen Regionen ist er deutlich niedriger (vgl. Tabelle A 3 im Anhang). Die Zugänge an Bankfachleuten in Arbeitslosigkeit aus dem ersten Arbeitsmarkt sind deutlich höher, doch die geringen Bestandszahlen deuten auf eine schnelle Rückkehr von arbeitslosen Bankfachleuten in den Arbeitsmarkt hin (vgl. Abbildung A 2 im Anhang).

Abbildung 12: Bestand arbeitsloser Bankfachleute, Bund/Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 2007 bis 2012 (Jahresdurchschnitt) (Index 2007 = 100, in Prozent)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Arbeitsmarkt Finanzplatz Frankfurt: Zusammenfassung

Frankfurt bildet einen Schwerpunkt bei der Beschäftigung im Bankensektor. Knapp zehn Prozent aller Beschäftigten der Wirtschaftsgruppe „Zentralbanken und Kreditinstitute“ arbeiten in der hessischen Metropole, es sind rund 50.000 Beschäftigte. Die Beschäftigungsentwicklung in der Vergangenheit war zunächst bis 2002 durch einen Anstieg, bis 2007 durch einen Rückgang und danach wieder durch einen moderaten Anstieg gekennzeichnet, so dass sich Frankfurt in 2012 wieder auf dem Ausgangsniveau von 1999 befindet. Für Bankfachleute als eine Beschäftigungsgruppe innerhalb der Wirtschaftsgruppe „Zentralbanken und Kreditinstitute“ verläuft die Entwicklung sogar positiver als die Beschäftigung in der Wirtschaftsgruppe am Finanzplatz Frankfurt. Von dieser positiven Entwicklung profitierten die höher qualifizierten Bankfachleute – der Zuwachs an Beschäftigung wurde getragen durch einen Trend der Höherqualifizierung. Ein gegenläufiger Trend zeigt sich bei der Ausbildungs-

situation am Finanzplatz Frankfurt. Die Anzahl an auszubildenden Bankfachleuten sinkt von 1999 bis 2012 rapide ab. Der Anteil der Auszubildenden im Bankbereich an allen Auszubildenden sank von 9,4 Prozent auf 5,8 Prozent. Die Einstellung von Hochschulabsolventen führt zu einer Verringerung der dualen Ausbildungsaktivität im Bankbereich. Einen deutlichen Aufwärtstrend verzeichnet die Entgeltentwicklung im Bankbereich; am Finanzplatz Frankfurt werden absolut betrachtet die höchsten Medianentgelte bezahlt. Die Entgeltentwicklung bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung im Bankbereich weicht deutlich nach oben ab von der Entwicklung des Medianentgeltes aller Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung. Die Anzahl an offenen Stellen entwickelte sich wellenförmig im Zeitverlauf. Der Finanzplatz Frankfurt konnte 2012 ein leichtes Stellen-Plus gegenüber dem Ausgangsjahr 2007 verzeichnen. Der Bestand an arbeitslosen Bankfachleuten konnte im Regierungsbezirk Darmstadt, in Hessen und im Bund im Vergleich zu 2007 gesenkt werden – in Frankfurt stieg er an; allerdings handelt es sich dabei um geringe absolute Zahlen (Frankfurt, Dezember 2012: 148).

3 Welche Aufgaben erfüllen Banken und andere Finanzintermediäre (und was ist die richtige Größe eines Bankensektors)?

Nachdem wir im vorigen Kapitel den Arbeitsmarkt für Banken analysiert und die Entwicklung der vergangenen Jahre nachgezeichnet haben, wollen wir in diesem Kapitel die grundsätzlichere Frage stellen, welche Funktionen Banken erfüllen und wie groß dieser Bereich mutmaßlich sein muss, um die ihm zugeordnete Rolle gut zu erfüllen.

Deutschland hat ein banken- und kreditzentriertes Finanzsystem, im Gegensatz zu angelsächsischen Ländern, wo ein größerer Anteil der Finanztransaktionen ohne direkte Beteiligung der Banken direkt über den Kapitalmarkt erfolgt (von Hagen/von Stein 2000). Ein besonderes Kennzeichen des deutschen Bankensystems ist darüber hinaus seine Dreigliedrigkeit mit den Elementen öffentliche Banken, Genossenschaftsbanken und Privatbanken, wobei der öffentliche Sektor mit über 40 Prozent Marktanteil (gemessen an der Bilanzsumme) einen großen Anteil am Gesamtmarkt vorweist (vgl. Breuer 2008: 61).

Der deutsche Bankensektor weist trotz einer andauernden Konsolidierung (die Anzahl der Banken ist seit 1999 in Deutschland um rund 40 Prozent gesunken, vgl. Bischoff 2013a) nach Meinung zahlreicher Kommentatoren weiterhin Überkapazitäten auf (vgl. Hellwig 2012), was sich in der immer noch hohen Zahl der Banken, der hohen Zahl von Filialen aber auch in einer vergleichsweise niedrigen Profitabilität (vgl. Breuer 2008) widerspiegelt.¹⁸ Viele Experten verweisen auf eine notwendige Konsolidierung (Heiß 2004; Breuer 2008; Hellwig 2012). Diese Konsolidierung wird aber – so sie denn erfolgt –, so die Hypothese dieser Veröffentlichung, den Finanzplatz Frankfurt nicht voll treffen. Das hängt damit zusammen, dass Frankfurt als Regulierungszentrum an Bedeutung tendenziell gewinnt und damit auch als Standort für Auslandsbanken an Attraktivität gewinnen könnte.

¹⁸ Heiß (2004: 63) in Schuster/Widmer weist darauf hin, dass die Eigenkapitalrendite für Banken in Deutschland bei rund acht Prozent liegt, während international mit 15–20 Prozent eher das Doppelte erzielt wird. Vor diesem Hintergrund ist auch die berühmte „25 Prozent Äußerung“ von Josef Ackermann zu interpretieren.

Banken übernehmen als Finanzintermediäre in einer Volkswirtschaft eine wichtige Rolle. Idealerweise leiten sie Ersparnisse zu ihrer produktivsten Verwendung und stellen gleichzeitig angemessene Verzinsung und Verfügbarkeit für die Sparer sicher. Sie ermöglichen so einerseits Sparern eine intertemporale Allokation ihrer Konsumwünsche, und andererseits Investoren Projekte zu realisieren, die ansonsten aufgrund mangelnden Eigenkapitals nicht oder erst später finanzierbar wären. Eine wichtige Rolle, die Banken hierbei erfüllen, ist erstens die Fristentransformation, also die Lösung der Inkongruenz der gewünschten Fristigkeiten der Kapitalgeber und -nehmer. Zweitens wird durch die Losgrößentransformation die Inkongruenz der gewünschten Beträge gelöst. Drittens kann die Informationsbeschaffung über die Kreditwürdigkeit eines Investors für eine Privatperson sehr schwierig sein. Hier haben Banken, die Geschäftskontakte mit Investoren über lange Zeiträume pflegen, große Vorteile. Sie übernehmen die Informationsfunktion. Viertens ist es zwar grundsätzlich mit jedem Sparvolumen möglich, eine optimale Risikoallokation (im Sinne des sog. „capital asset pricing models“) durch Diversifikation zu erreichen, aber in der Realität eher schwierig, weil keine beliebige Stückelung auf Finanzanlagen möglich ist (Beispiel: Man kann nur ganzzahlige Mengen von Aktien kaufen).¹⁹ Hier kann die Bank (oder ein anderer Finanzintermediär) eine optimale Risikodiversifikation leichter erreichen (vgl. von Hagen/von Stein 2000).

Abgesehen von den oben diskutierten mikroökonomischen Funktionen der Finanzintermediation, ist die Frage bedeutsam, ob ein großer/gut funktionierender Finanzsektor zu einer günstigen Wirtschaftsentwicklung beitragen kann. Theoretisch besteht dieser Zusammenhang, weil Finanzintermediäre bei unvollständiger Information über die Qualität potenzieller Investitionsobjekte durch Informationsgenerierung die Wahrscheinlichkeit steigern, dass in Ertrag bringende Projekte investiert wird und zudem durch Monitoring sicherstellen, dass die geliehenen Mittel effizient verwendet werden (Laeven/Levine/Michalopoulos 2012). Grote (2004: 19) zufolge besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass sich ein gut entwickeltes Finanzsystem positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirkt (vgl. auch Levine/Loayza/Beck 2000; Beck/Levine/Loayza 2000).²⁰ Mantler (2008: 11) weist darauf hin, dass empirische Studien zwar einen maßgeblichen Einfluss des Finanzsektors auf das Wirtschaftswachstum finden, dass aber die Stärke des Zusammenhangs über Länder hinweg recht unterschiedlich ausfällt. Mantler (ebd.) argumentiert außerdem zurecht, dass im Hinblick auf die Größe des Finanzsektors auch zu berücksichtigen ist, dass die dort eingesetzten Arbeitskräfte woanders nicht zur Verfügung stehen und mithin nach der Effizienz des Finanzsektors gefragt werden sollte, gerade dann wenn, wie Mantler (2008: 125) glaubt nachweisen zu können, die über den Produktivitätskanal laufenden Wachstumseffekte mit zunehmender Größe des Finanzsektors abnehmen. Dies gilt umso mehr, als der Finanzsektor viel Humankapital (gemessen etwa durch formale Qualifikationen oder Entlohnung, siehe Kapitel 2) bindet. Neuere

¹⁹ Zudem kann es schwierig sein, wohldefinierte Anlageziele durch eine reine Kombination von Wertpapieren zu erreichen. So lässt sich aus der wegweisenden Arbeit von Müller (2004) über kombinierte Versicherungs-Wertpapieranlagen schlussfolgern, dass falls neben Marktrisiken auch das individuelle Risiko des Ablebens abgesichert werden soll, Kombinationen aus Lebensversicherungen und Fonds, einer reinen Absicherung über Wertpapiere überlegen sein können.

²⁰ Die Vermutung, dass Kredite die wirtschaftliche Entwicklung begünstigen wird bereits von Karl Marx geäußert: „Das Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte.“ (vgl. Marx 1971: 420). Darüber hinaus wird eine Wechselbeziehung postuliert: „Die Entwicklung des Produktionsprozesses erweitert den Kredit, und der Kredit führt zur Ausdehnung der industriellen und merkantilen Operationen.“ (ebd.: 457).

Arbeiten führen außerdem im Hinblick auf die Größe des Finanzsektors aus: „the recent rise of macroeconomic volatility is due to the growth of the financial sector“ (Carvalho/Gabaix 2013). Möglicherweise liegt im Hinblick auf die Größe des Finanzsektors also ein tradeoff zwischen Wachstum und Schwankungsanfälligkeit zugrunde. Arkand/Berkes/Panizza (2012) argumentieren (ähnlich wie Mantler 2008), dass ein zu hohes Kreditvolumen sogar schädlich für das Wachstum sein kann und zeigen dies auch empirisch. Die Schwelle für ein zu hohes Kreditvolumen liegt auf Basis ihrer Daten bei einem Verhältnis von 100 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt.

Deutschland hatte im Verlauf der letzten 20 Jahre einen vergleichsweise stabilen Banken- und Versicherungssektor in dem Sinne, dass der Beitrag dieses Sektors zur gesamten Wirtschaftsleistung nahezu konstant geblieben ist. Im Jahr 2011 betrug die Bruttowertschöpfung dort knapp 102 Milliarden Euro und damit 4,4 Prozent der gesamten in Deutschland erbrachten Wirtschaftsleistung. 1991 waren es etwa 4,5 Prozent gewesen. In drei der 20 Jahre lag der Wertschöpfungsanteil knapp über fünf Prozent, und zwar 2004, 1999 und 1997. Unter vier Prozent lag er nur in einem einzigen Jahr; das war im Zuge der Krise 2008.

Diese Tendenzen spiegeln sich auch in der Beschäftigung wider. Durch veränderte Wirtschaftszweigklassifikationen ist zwar eine konsistente Zeitreihe über den kompletten Zeitraum nicht möglich, aber die Daten zeigen dennoch, dass die Anzahl der Beschäftigten im Banken- und Versicherungsbereich seit 1993 bei rund einer Million liegt – mit einer leicht abnehmenden Tendenz zum Ende hin (ca. 960.000 am 30.06.2012). Der Anteil liegt 1993 bei 3,7 Prozent, stieg zwischenzeitlich auf 3,9 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (2000–2005) und sank zum Ende hin bis auf rund 3,5 Prozent.

Einen Bankenboom hat es weder in Deutschland noch in Hessen/Frankfurt in den letzten 20 Jahren gegeben. Dennoch stellt sich die Situation in Hessen/Frankfurt indessen insofern etwas anders dar, als dass in Hessen der Anteil des Banken- und Versicherungssektors an der gesamten Bruttowertschöpfung etwa doppelt so hoch ist, wie in Deutschland. Für 2011 weist das HSL (2013) einen Anteil von rund acht Prozent (7,9 %) aus, mit leicht steigender Tendenz gegenüber 2008 (7,6 %). Besonders dynamisch war die Entwicklung im Bereich des hessischen Finanzsektors (F+V) in der 1980er Jahren: Zwischen 1980 und 1992 wuchs die Beschäftigung in diesem Bereich in Hessen um rund 40 Prozent (gegenüber nur etwas über 20 % in Westdeutschland) (vgl. Spahn/van den Busch 2002). Während zwischen 1992 und 2003 in Frankfurt ein Beschäftigungswachstum um weitere rund 15 Prozent von etwa 13 (~65.000) bis auf etwa 16 Prozent (~75.000) aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfolgte (Hessen: rund 6 % auf rund 7 %) ²¹, sind seit 2004 in Übereinstimmung mit der damaligen Einschätzung der Notwendigkeit zur Konsolidierung durch Experten (vgl. etwa Merl 2004), Tendenzen zu einer leichten Abnahme der Beschäftigung zu verzeichnen. Mit knapp

²¹ Zur gleichen Zeit stagnierte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung insgesamt in Frankfurt, genauer gesagt, sie nahm zwischenzeitlich um über 40.000 Personen ab, holte diese Abnahme aber zu Beginn des Jahrtausends wieder auf (siehe dazu auch die Beschreibungen in Klems/Schaade 2003).

75.000 Beschäftigten stellt der Sektor aber heute (30.06.2012) wieder knapp 15 Prozent aller Beschäftigten in Frankfurt (fast 500.000) (Hessen: rund 6 %).²²

Im internationalen Vergleich ergeben sich ebenfalls interessante Auffälligkeiten.²³ Hessens Anteil des Banken- und Versicherungsgewerbes an der Bruttowertschöpfung ist (2011) wie oben beschrieben rund doppelt so groß wie der deutsche und damit in etwa vergleichbar mit dem niederländischen (8,0 %), etwas niedriger als der britische (8,5 %) und deutlich niedriger als der schweizerische (10,8 %). Auch Irland hat erwartungsgemäß mit 10,1 Prozent einen hohen Anteil des Finanzgewerbes an der gesamten Wertschöpfung. Am auffälligsten ist aber Luxemburg, wo nahezu ein Viertel (23,5 %) der gesamten Bruttowertschöpfung aus diesem Bereich kommt. In allen genannten Ländern außer den Niederlanden ist dieser Anteil aber in den letzten fünf Jahren rückläufig gewesen, in Luxemburg sogar um fast fünf Prozentpunkte.

Mit etwas über vier Prozent (4,3 %) liegt Deutschland bei der Bruttowertschöpfung (2011) unter dem Durchschnitt der EU 28 (EU 15) mit 5,6 Prozent (5,7 %). Die großen Kerneuropaländer Frankreich und Italien liegen mit Werten von 4,8 Prozent und 5,6 Prozent etwas höher als Deutschland aber ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt; Spaniens Wert (4,2 %) liegt etwas unterhalb des bundesdeutschen. Auch Dänemark (6,4 %) weist einen überdurchschnittlich hohen Wert beim Finanzsektor aus.

Im internationalen Vergleich bleibt festzuhalten, dass Deutschland einen unterdurchschnittlichen Anteil seiner Wertschöpfung im Bereich Finanz- und Versicherungsdienstleistungen erwirtschaftet. Hessen liegt allerdings im europäischen Vergleich in der Spitzengruppe und spielt damit mit dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden und – mit etwas Abstand – auch Irland und der Schweiz in einer Liga und konnte seinen Anteil in den letzten fünf Jahren im Gegensatz zu den beiden letztgenannten und dem Vereinigten Königreich sogar noch leicht ausbauen.

4 Der Standort Frankfurt als Finanzcluster²⁴

Frankfurt kann auf eine jahrhundertlange Tradition als wichtiger Finanzplatz zurückschauen. Historisch betrachtet spielt die verkehrsgünstige Lage und die damit verbundene Heranbildung des Handels- und Messeplatzes Frankfurt eine wichtige Rolle (Holtfrerich 1999).

²² Zu bedenken ist bei der Interpretation dieser Entwicklungen nicht nur, dass über den betrachteten Zeitraum vier unterschiedliche Wirtschaftszweigklassifikationen zugrunde gelegt werden mussten, sondern auch, dass diese Entwicklungen in erheblichem Maße von Outsourcing bzw. Insourcing Entscheidungen betroffen sein können. Entschließt sich bspw. eine Bank die EDV, die sie bisher in House hatte, auszulagern, so sinken Wertschöpfung und Beschäftigung im Bereich der Banken und Versicherungen, auch wenn keinerlei reale Veränderungen bei der Wertschöpfung oder der Beschäftigung auftreten.

²³ Wir geben an dieser Stelle zu bedenken, dass der Vergleich zwischen Regionen und Staaten gegebenenfalls keine einfache Interpretation besitzt. Darüber hinaus wird der Anteil des jeweiligen Landes bzw. der jeweiligen Region stark durch einzelne Standorte geprägt (in Hessen durch Frankfurt).

²⁴ Zu unserer Überraschung wird auf der Seite <http://www.hessen-cluster.de/> des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung kein Finanzcluster Frankfurt geführt. Aus uns unbekanntem Gründen scheint sich die Frankfurter Finanzwirtschaft nicht als Cluster organisieren zu wollen. Möglicherweise hatte die Branche sich in anderen institutionellen Formen organisiert, wie etwa in der „Initiative Finanzstandort Deutschland“, deren kuriose Geschichte und Verschwinden möglicherweise eine Lücke hinterlassen hat.

Die Stadt verdankt ihre heutige Positionierung als wichtiges Finanzzentrum Deutschlands weniger seiner traditionellen Rolle als wichtigster deutscher Finanzplatz. Diese hatte sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an Berlin verloren. Vielmehr ist ihre heutige Position aus der Entscheidung der Alliierten, die Deutsche Bundesbank in Frankfurt anzusiedeln, hervorgegangen (ebd. Grote 2004).

Ein Finanzplatz ist aus institutioneller Sicht dadurch gekennzeichnet, dass am betreffenden Platz (in einer Metropolitanregion) eine hohe Konzentration an Finanzinstitutionen besteht, in denen ein großer Teil der Finanztransaktionen eines Landes oder einer Region stattfinden (Dufey/Giddy 1978: 35). Für die herausragende Rolle Frankfurts als größter deutscher Finanzplatz können vielfältige Belege herangezogen werden. So belegen die oben aufgeführten Daten zu Beschäftigung und Wertschöpfung eindrucksvoll die Rolle Frankfurts im Finanzbereich. Darüber hinaus sind von den über 200 Auslandsbanken in Deutschland knapp 160 in Frankfurt angesiedelt, die Zahl liegt damit nur leicht unter dem historischen Höchststand von 2008 (Deutsche Bundesbank 2013). Weitere rund 40 ausländische Repräsentanzen finden sich in Frankfurt, wenn auch mit leicht abnehmender Tendenz (ebd.: 14).²⁵ Rund 85 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen (Bestand) im Kreditgewerbe in Deutschland entfielen im Jahr 2000 auf Hessen (Spahn/van den Busch 2002).

Die Rolle der Banken und Versicherungen für Hessen und Frankfurt muss insgesamt, auch aufgrund des weitgehend durchgesetzten „Lean Banking“ (König et al. 2007: 28) als noch weit bedeutender angesehen werden, als das in den Zahlen zum Ausdruck kommt, die die Wertschöpfung in diesem Bereich widerspiegeln.²⁶ Das liegt an der Verknüpfung mit anderen Branchen, deren Zulieferungen für das Erbringen der Bank- und Versicherungsdienstleistung wichtig sind. Im Rahmen der Analyse von Finanzclustern werden sowohl vertikale Wertschöpfungsketten als auch horizontale Wertschöpfungsnetze als bedeutend angesehen. Das heißt, sowohl der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren aus derselben Branche, als auch der Zusammenarbeit mit Akteuren aus anderen Branchen kommt eine wichtige Rolle zu. Zu nennen sind hierbei in erster Linie wissensintensive Dienstleistungen und hierunter die Bereiche EDV, Unternehmensberatung, Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung/Steuerberatung sowie Marketing/Werbung (vgl. König et al. 2007). Die hohe Dichte der Beratungsunternehmen in Frankfurt – Frankfurt nimmt für Beratungsunternehmen eine „Gateway“-Funktion für den deutschen Markt ein (ebd.) – erweist sich dabei als wichtiger Standortfaktor. Selbstverständlich kaufen Finanzintermediäre auch standardisierte Dienstleistungen wie Gebäudereinigung und dergleichen ein. Deren Bedeutung für das Cluster dürfte allerdings geringer sein.

Insgesamt ist indessen die Frage zu stellen, warum überhaupt Zentren finanzieller Tätigkeiten existieren. Insbesondere vor dem Hintergrund der erwarteten Auswirkungen der Globalisierung auf die Organisation und Regulierbarkeit von Wirtschaft (vgl. Loheide 2008) und der

²⁵ Die Präsenz ausländischer Banken an einem bestimmten Finanzplatz wird in Deutschland bedeutsamer als der Standort der heimischen Banken gesehen, weil heimische Banken legal oder de facto in ihrer Standortwahl beschränkt sind (vgl. Grote 2008: 245).

²⁶ Der Anteil der Vorleistungen am Produktionswert ist von 46 Prozent 1995 auf 54 Prozent in 2005 gewachsen (IWD 2007: 7). Für 2007 waren es knapp 61 Prozent (Statistisches Bundesamt 2012: 119). Betrachtet man nur Zentralbank und Kreditinstitute, so ist der Anteil der Vorleistungen mit rund 52 Prozent etwas geringer (ebd.: 230).

technischen Möglichkeiten durch moderne Kommunikationsmedien, sprechen Autoren vom „Ende der Geographie“ auch und gerade im Hinblick auf die Finanzintermediation (O'Brien 1992). Mit modernen Finanzinstrumenten handeln kann man heute nahezu von jedem Ort. Bei Finanzdienstleistungen handelt es sich um eine sog. „footlose industry“, also um einen (räumlich) ungebundenen Wirtschaftszweig, mithin ein Wirtschaftszweig, der vergleichsweise einfach zu verlagern ist (im Gegensatz etwa zu einer Fabrikanlage) (vgl. Grote 2004: 24).

5 Agglomerationseffekte im Finanzbereich

Dem „Ende der Geographie“ stehen aber auf der anderen Seite auch im Finanzsektor Vorteile der Zentralisierung der Produktion an einem bestimmten Ort (Agglomerationseffekte) und Größenvorteile einer Zentralisierung entgegen. Größenvorteile einer Zentralisierung bestehen aufgrund sog. interner Skalenerträge („economies of scale“), das sind ganz allgemein all diejenigen Effekte, die Prozesse günstiger machen, wenn man sie zentralisiert. Ob und in welcher Höhe diese Skalenerträge im Bankenbereich vorliegen, ist umstritten; im Bereich kleiner (Genossenschafts-)Banken (in Deutschland) scheint es aber eindeutig positive Effekte der Größe zu geben (vgl. Grote 2004: 25 f. und die dort zitierte Literatur).

Bei den Agglomerationseffekten wird zwischen Lokalisationseffekten und Urbanisationseffekten unterschieden. Lokalisationseffekte treten auf, wenn eine hohe Konzentration eines Sektors sich günstig auf Akteure desselben Sektors auswirkt; sie werden auch Marshall-Arrow-Romer-Effekte genannt. Urbanisationseffekte treten auf, wenn sich das Vorhandensein von Firmen anderer Sektoren günstig auf die eigene Gütererstellung auswirkt; sie werden auch Jacobs-Effekte genannt. Diese beiden Arten von Externalitäten treten bei Finanzintermediären auf (vgl. König et al. 2007; Grote 2004).²⁷

Als Begründung für Lokalisations- oder Urbanisationseffekte kommen sowohl direkte, über den Markt vermittelte Kostenvorteile in Betracht (z. B. Wegfall von Transportkosten), als auch wird der Existenz von Wissens- und Informationsexternalitäten gerade im Bereich der Finanzintermediation eine wichtige Rolle beigemessen. Diese entstehen durch die durch räumliche Nähe vereinfachte Kommunikation zwischen den Akteuren. Hierbei muss gesagt werden, dass die Autoren offenbar überwiegend der Auffassung sind, dass moderne Kommunikationstechnologien die Bedeutung des direkten persönlichen Kontakts vor Ort nicht ersetzen können.

Diese Informationsexternalitäten führen zu Kostenersparnissen, im konkreten Sinne zur Ersparnis von Transaktionskosten. Diese Ersparnis ergibt sich ausschließlich aus der räumlichen Nähe der wichtigen horizontalen oder vertikalen Geschäftspartner (vgl. König et al. 2007).

²⁷ Allerdings ist festzustellen, dass die Existenz eines Finanzzentrums an einem bestimmten Ort sich mit Lokalisationseffekten allein nicht begründen lässt, da das Argument auf Pfadabhängigkeit aufbaut. Für eine geschlossene Theorie der Herausbildung von Finanzzentren bedarf es zusätzlich noch einer Begründung, warum das Finanzzentrum sich initial herausbildete.

Transaktionskostensparnisse treten besonders dort auf, wo Transaktionen nicht standardisierbar sind, sondern wissensintensive Einzellösungen erfordern, weil innerhalb der Agglomeration:

- a) häufig, schnell und ressourcenschonend auf Experten wechselnder Kompetenzprofile zugegriffen werden kann,
- b) über lokale Netzwerke adäquater Zugriff auf Informationen und Expertise besteht und
- c) weil über die Anwesenheit der großen und internationalen Akteure Zugriff auf internationale Netzwerke bestehen kann.

In Bezug auf den Finanzsektor diskutiert Grote (2004) im Hinblick auf Lokalisationseffekte neben Wissens- und Informationsexternalitäten, die Rolle eines großen Arbeitsmarktes mit Spezialwissen, sowie institutionelle und kulturelle Faktoren, die die Kommunikation der Akteure beschleunigen und erleichtern können.

Als Urbanisationseffekte werden im Hinblick auf Finanzzentren sowohl die Ermöglichung einer guten Infrastruktur genannt, als auch Informationsexternalitäten. Die letztgenannten entstehen etwa durch eine bessere Einschätzung, ob ein bestimmtes Finanzprodukt verkäuflich ist (Unternehmensberatung), ob es zugelassen werden kann (Rechtsberatung), ob es steuerlich vorteilhaft ist (Steuerberatung), ob es volkswirtschaftlich sinnvoll ist (Volkswirtschaftliches Fachwissen an der Universität oder an Instituten) oder ob die Investition in bestimmte Unternehmen rentierlich ist (Kontakt zu Unternehmen).

Als weitere Agglomerationsfaktoren, die sich den Bereichen Skalenerträge, Urbanisationseffekte oder Lokalisationseffekte nicht direkt zuordnen lassen, diskutiert Grote (2004: 30 ff.), die Anwesenheit der Zentralbank. Zwar sind Zinsentscheidungen heute sofort überall erhältlich, aber die räumliche Nähe zur Zentralbank könnte aufgrund erleichterter persönlicher Kontakte zu einer verbesserten Einschätzung zukünftiger Zinsentscheidungen führen. Ähnliches gilt für alle Regulierungsbehörden, deren Entscheidungen Einfluss auf die Tätigkeiten der Finanzintermediäre ausüben können. Zudem gehen die Autoren dieses Literaturzweiges davon aus, dass Regulierungsbehörden in Finanzplätzen mit den Problemen der Regulierten vertraut und daher toleranter sind. Dieser Effekt würde aber über den Agglomerationsraum selbst hinausstrahlen. Das Vorhandensein von ausreichender Liquidität (große Handelsvolumina) ist ebenfalls ein agglomerationsbegünstigender Faktor, sofern das Vorhandensein von Liquidität an bestimmte Orte geknüpft ist, was eher historisch bedeutend ist.²⁸ Ebenfalls nennt Grote (ebd.) die Teilnahme an einem bestimmten Zahlungsverkehrssystem als Agglomerationsvorteil, weil – falls die Teilnahme an die Anwesenheit an einem bestimmten Ort gebunden ist – mit steigender Anzahl der Teilnehmer ein größerer Anteil der Zahlungen innerhalb des Systems stattfindet. Mit den beiden letztgenannten Punkten zusammenhängend, bildet auch eine ausgereifte technische Infrastruktur einen Vorteil, wobei der Aufbau derselben mit zunehmender Teilnehmerzahl günstiger wird. Schließlich werden auch Image und Kosten als Faktoren der Standortwahl genannt. Als Standortfaktor bei der Entscheidung zwi-

²⁸ Wichtig ist das deswegen, weil bei hoher Liquidität des Marktes, d. h. bei hohen Handelsumsätzen, die Wahrscheinlichkeit zum Marktpreis auch große Volumina handeln zu können, groß ist.

schen unterschiedlichen Ländern kommt auch die Größe der nationalen Volkswirtschaft in Betracht; in empirischen Studien konnte hier eine wichtige Rolle belegt werden (vgl. dazu auch Mantler 2008).

Aber auch Agglomerationsnachteile bzw. Vorteile einer dezentralen Organisation werden für den Bankenbereich ins Feld geführt. Dabei treten insbesondere Kenntnisse des lokalen Umfeldes, der speziellen Bedürfnisse und Anforderungen bei nicht-standardisierten Prozessen als Kräfte in Erscheinung, die einer lokalen Präsenz Vorschub leisten. Ebenso wie bei standardisierbaren Prozessen der Informationsaustausch mit Kollegen in der Agglomeration bedeutend sein kann, ist bei nicht-standardisierbaren Prozessen unter Umständen der direkte Informationsaustausch mit den Kunden vor Ort das Entscheidende.

Agglomeration am Finanzplatz Frankfurt

Die im Folgenden dargestellten Vorteile des Finanzplatzes Frankfurt sind zumeist den Studien von Grote (2004) und König et al. (2007) entnommen. Viele der dort vorgestellten Ergebnisse beruhen auf Befragungen von Finanzplatz-Akteuren in Frankfurt.

Existenz von und Zugang zu horizontalen und vertikalen lokalen Netzwerken

Transaktionskostensparnisse sind vor allem dann möglich, wenn wichtige horizontale oder vertikale Geschäftspartner in räumlicher Nähe sind. Im Falle von Frankfurt sind vertikal etwa die Anwesenheit von renommierten Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatungen von Bedeutung, da hier vielfältige und wichtige Kontakte existieren (vgl. König et al. 2007: 53 ff.). Horizontal sind viele große Banken in Frankfurt vertreten.

Nicht-standardisierbare und wissensintensive Einzellösungen spielen am Standort Frankfurt eine gewisse Rolle, so dass die oben beschriebene Ersparnis von Transaktionskosten zum Tragen kommt (ebd.).

Aufgrund einer relativen Offenheit der Stadt Frankfurt gegenüber Neuen ist der Zugang zu Netzwerken nach Meinung vieler recht gut. Eine große räumliche Nähe (aufgrund der relativen Kleinheit der Stadt) und eine große Dichte von Veranstaltungen erleichtern den Zugang zum Netzwerk.

Darüber hinaus zeichnet sich Frankfurt durch (im Vergleich zu anderen Finanzzentren) niedrige Lebenshaltungskosten, ein gutes kulturelles Angebot sowie eine kulturelle Offenheit gegenüber unterschiedlichen Lebensformen (ebd.) aus.

Zentralbank und Regulierungsbehörden

Mit der Entscheidung in 1992, die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt anzusiedeln war teilweise die Erwartung verknüpft gewesen, Frankfurt könne London als wichtigstes europäisches Finanzzentrum ablösen (Beaverstock et al. 2001: 1; Cushman & Wakefield/Healey & Baker 2002: 9; Spahn/van den Busch 2002: 41). Dies ist bisher nicht geschehen und wird von den Akteuren auch nicht mehr erwartet (vgl. Beaverstock et al. 2001: 11 und Faulconbridge 2004). Dennoch spielt die Tatsache, dass die EZB in Frankfurt ihren Hauptsitz hat, aus Sicht vieler Akteure eine wichtige Rolle für den Finanzplatz Frankfurt (vgl. König et al. 2007). Grote (2005, 2008) gibt zu bedenken, dass die Ansiedlung der EZB inso-

fern keine Veränderung mit sich brachte, als dass der wichtigste geldpolitische Akteur, die Deutsche Bundesbank, auch zuvor schon in Frankfurt war. Darüber hinaus argumentiert er (2005), dass die Nähe zur Zentralbank für Banken und andere Finanzintermediäre an Bedeutung verloren hat, weil Informationen über Zinsen und andere Zentralbankentscheidungen überall gleichzeitig verfügbar sind. Dennoch kann die Anwesenheit am Ort persönliche Kontakte erleichtern und dadurch die Einschätzung über die zukünftige (Zins-)Politik der Zentralbank verbessern.

Weitere Aufsichts- und Regulierungsbehörden im Finanzbereich haben in Frankfurt ihren Sitz. Dazu zählt die Deutsche Bundesbank, die einen Teil der Bankenaufsicht wahrnimmt und der insbesondere historisch eine wichtige Bedeutung bei der Ansiedlung vieler Banken in Frankfurt zukommt (vgl. Grote 2008: 249). Zu den in Frankfurt ansässigen Regulierungs- und Aufsichtsbehörden zählen seit kurzem auch der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) (seit 2010) und die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) (seit 2011).

Darüber hinaus ist die Ansiedlung weiterer Regulierungsbehörden in Frankfurt beschlossene Sache. So wird im Rahmen der Vereinbarungen über eine europäische Bankenunion die europäische Bankenaufsicht ab März 2014 für die größten ca. 200 europäischen Banken in Frankfurt unter dem Dach der EZB angesiedelt.

Die Anwesenheit dieser Regulierungsbehörden am Standort Frankfurt ist und bleibt bedeutend, um bei den Prozessen, bei denen die Zustimmung der Regulierungsbehörden kritisch ist, eine bessere Einschätzung zu haben, worauf die Regulatoren besonderes Gewicht legen.

Liquidität

Eine wichtige Rolle kommt bei Finanzplätzen im allgemeinen („anchors“, Engelen/Grote 2009) und beim Finanzplatz Frankfurt im Besonderen den Handelsplattformen für Wertpapiere zu, die in Frankfurt von der Deutschen Börse betrieben werden (z. B. Bischoff 2006). Wichtige Handelsplattformen der Deutschen Börse sind der Parketthandel in Frankfurt, der (ausschließlich) elektronische Handel mit (hauptsächlich deutschen) Aktien über Xetra, mit Eurex einer der wichtigsten Handelsplattformen für derivative Finanzinstrumente (Optionen und Futures) weltweit. Sie bietet darüber hinaus viele weitere Dienstleistungen an und gilt als erfolgreich, innovationsfreudig und technisch führend (Spahn/van den Busch 2002). Allerdings ist die Börsenkapitalisierung deutscher Unternehmen (d. h. der Börsenwert) im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung im internationalen Vergleich immer noch vergleichsweise niedrig. Ein wichtiger Indikator für die Bedeutung einer Börse ist die Höhe der dort stattfindenden Umsätze, weil diese signalisieren, wie hoch Liquiditätsrisiken sind. Im Hinblick auf die Aktienumsätze ist die Deutsche Börse unter den zehn größten Börsen der Welt, im Hinblick auf die gehandelten Volumina bei Derivativen sogar unter den fünf Größten (World Federation of Exchanges 2012).

Grote (2008: 245) sowie Engelen und Grote (2009) bezweifeln allerdings, dass die Börse für Frankfurt noch von überragender Bedeutung ist, weil der Großteil der Geschäfte mittlerweile aus dem Ausland, vor allem London, getätigt wird. Zugleich betont er aber die historische

Bedeutung der Frankfurter Börse im Hinblick auf die Ansiedlung von Banken in Frankfurt nach dem Zweiten Weltkrieg.

Arbeitsmarkt und Innovation

Lobend erwähnt wird in Publikationen und Interviews auch vielfach die „exzellente, praxisnahe Forschung und Lehre im Bereich der Wirtschafts- und Finanzwissenschaft“ (vgl. Raettig 2013) in Frankfurt.²⁹

Die Anwesenheit des „House of Finance“ und der Frankfurt School of Finance & Management in Frankfurt ist zweifelsohne vorteilhaft für den Finanzplatz Frankfurt. Jedoch geben viele Unternehmen an, eher überregional und fächerübergreifend nach gutem Personal zu suchen. Teilweise wird zudem konstatiert, dass die Ausbildung von Finanzfachleuten durch das „House of Finance“ quantitativ noch unterhalb dessen sei, was wünschenswert wäre (König et al. 2007).

Aber auch zur Forschungszusammenarbeit ist die Anwesenheit der beiden oben genannten Institutionen von Vorteil: Durch Forschung stärken sie die Innovationskraft des Finanzplatzes (ebd.).

Infrastruktur

Die Zentralisierung von Tätigkeiten für den deutschen Markt im Raum Frankfurt ist nur bei guter Infrastruktur leistbar. Mit dem Frankfurter Flughafen, aber auch der guten Anbindung an das Schienen- und Straßennetz hat Frankfurt eine sehr gute Ausgangsposition. Darüber hinaus eignet sich auch der Flughafen Frankfurt selbst mit der Infrastruktur an Hotels und Tagungsräumen für Zusammentreffen (ebd.).

Zentrale Lage in Europa

Schließlich ist von Bedeutung, dass Frankfurt – selbst wenn von hier aus nur der deutsche Markt bedient werden soll – inmitten Deutschlands, der größten europäischen Volkswirtschaft gelegen ist (vgl. Hengster 2013). Wer den deutschen Markt bedient, wird – falls er die Nähe zu anderen Marktteilnehmern sucht – in Frankfurt eine Niederlassung haben. Ein ähnliches Argument könnte auch für die zentrale Lage in Europa und im europäischen Währungsraum gelten. Die zentrale Lage in Europa könnte in Verbindung mit dem gut erreichbaren Flughafen gesehen werden und auch in Verbindung zu finanziellen Engagements in Osteuropa.³⁰

6 Der Finanzplatz Frankfurt im Laufe der Zeit – Ausblick

Frankfurt hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg im innerdeutschen Standortwettbewerb gegen die Mitbewerber Hamburg und Düsseldorf durchsetzen können (Grote 2008). Jedoch ist Frankfurt international betrachtet ein Nebenfinanzplatz geblieben. Nach Einschätzung vieler

²⁹ Diese Einschätzung wird offensichtlich auch in internationalen Rankings bestätigt, wie dieser Beitrag in der New York Times (2012) zeigt.

³⁰ Ein hohes Engagement im osteuropäischen Markt weisen allerdings eher in Österreich ansässige Banken auf.

Beobachter ist in Frankfurt vor allem das „nationale Geschäft“ angesiedelt (vgl. Merl 2004)³¹ mit einer engen Bindung zur Realwirtschaft (vgl. Raettig 2013; Brenner 2013). Mithin sei Frankfurt ein „allgemeines Transaktionszentrum“, dessen Vorteil im Vertrieb von Produkten im nationalen Markt liege und in dem als „Nebenfinanzplatz“ Finanzprodukte für den nationalen Markt entwickelt würden; dabei liege aber, im Gegensatz etwa zu Genf, keine hohe Spezialisierung vor (vgl. König et al. 2007). Laut Spahn/van den Busch (2002) konzentrieren sich die mit Hauptsitz in Deutschland/Frankfurt ansässigen Auslandsbanken und die ausländischen Repräsentanzen bei ihren Geschäften auf den Handel an der Frankfurter Wertpapierbörse,³² das Anleihegeschäft mit Bundeswertpapieren, sowie das deutsche M&A-Geschäft, also auf das nationale Geschäft. Demgegenüber steht allerdings die Tatsache, dass im Jahr 2000 rund Dreiviertel aller deutschen Direktinvestitionen im Ausland durch in Hessen ansässige Kreditinstitute getätigt wurden (vgl. Merl 2004) und dass sich der Bestand dieser Investitionen zwischen 1999 und 2002 auf 100 Mrd. Euro fast verdoppelt hat. Darüber hinaus weist etwa die Hessenagentur (Harsche/van den Busch 2006) darauf hin, dass sich die Kreditwirtschaft auch in Deutschland internationalisiert hat: So wuchs die Summe grenzüberschreitender Forderungen und Verbindlichkeiten von deutschen monetären Finanzinstituten Anfang dieses Jahrtausends in fünf Jahren um ein Drittel. Die enge Bindung an die Realwirtschaft kann aber als Erklärung dafür herangezogen werden, warum die Beschäftigung in Frankfurt (im Gegensatz zu London) von der Krise 2008/2009 kaum, dagegen aber von der deutschen Rezession 2003 sehr wohl deutlich, in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Als Finanzplatz konkurriert Frankfurt mit London, nämlich bei der Frage, ob sich Geschäfte nach London zentralisieren lassen oder günstiger in Frankfurt verbleiben. So thematisiert Grote (2005) etwa die Frage, ob mit der Virtualisierung des Handels mit Wertpapieren, sich die Händler nicht eher am Finanzplatz London zentralisieren werden. Mit den Finanzplätzen Paris oder Amsterdam steht Frankfurt aber eher nicht in Konkurrenz um Geschäftsaktivitäten, da sich diese in der Tendenz ebenfalls auf das nationale Geschäft konzentrieren. (vgl. Grote 2004: 252 f.) Andererseits könnte man auch argumentieren, dass Frankfurt insofern nicht in Konkurrenz zu London steht, als London in Europa unangefochten die Nummer eins ist und bleibt und dass Frankfurt zumindest insofern in Konkurrenz zu Paris stand und steht, als dass Frankfurt Paris beim Rennen um Platz 2 in Europa in den 1990ern überholt hat (vgl. Harschar-Ehrnberg 2002: 6). Ob das daran liegt, dass Frankfurt als Vertreter der größten Volkswirtschaft in Europa den natürlichen zweiten Platz in Europa einnimmt, oder ob eben doch ein Konkurrenzverhältnis vorliegt, soll an dieser Stelle unbeantwortet bleiben. Offensichtlich haben sich aber in der Wahrnehmung der befragten Akteure insbesondere die kapitalmarktorientierten Standortfaktoren (Transparenz, Struktur des Börsenwesens) in Frankfurt verbessert (vgl. Harschar-Ehrnberg 2002: 213).

In Bezug auf Frankfurt kommen König et al. (2007) bei ihrer Unternehmensbefragung zu dem Ergebnis, dass die aktuelle Standortentscheidung häufig aus einer historischen resultiert und dass versunkene Kosten, etwa die Immobilität des Personals, das Ihrige dazu bei-

³¹ Im Vergleich zu Finanzplätzen wie Wien, Lissabon und Stockholm aber weisen Frankfurt wie Paris nach Einschätzung von Spahn/van den Busch (2002) eine deutlich stärkere internationale Ausrichtung auf.

³² Dort entfallen rund 90 Prozent der Umsätze auf deutsche Aktien (Harsche/van den Busch 2006).

tragen, dass diese nicht revidiert wird (ebd.: 49 ff). Dabei können historische Gründe der Ansiedlungen ein nicht-pfadabhängiger Faktor gewesen sein (etwa die Präsenz der Frankfurter Börse oder der Bundesbank, vgl. Grote 2005 und 2008), dessen Bedeutung aber abgenommen hat. König et al. (2007) zeigen auch, dass Pfadabhängigkeit auch bei Ausgründungen und Fusionen eine Rolle spielen kann.

Nachteile und Vorteile, Risiken und Chancen

Basierend auf den Befragungsergebnissen von Grote (2004), sowie König et al. (2007) wollen wir hier zusammenfassen, was aus Sicht der Finanzplatzakteure wichtige Standortfaktoren sind und welche Chancen und Risiken bestehen. Als Nachteile des Standortes Frankfurt nennen die Akteure die folgenden Themen:

- Es gebe in Deutschland eine vergleichsweise starke staatliche Reglementierung, die die Innovationstätigkeit hemmt und darüber hinaus seien die Steuern hoch.
- Die Finanzforschung in Deutschland sei zersplittert: Dies erschwere die Forschungszusammenarbeit.
- Darüber hinaus fehle bei vielen Ausbildungsgängen die Interdisziplinarität.
- Es fehle die politische Artikulation der Interessen des Finanzplatzes Frankfurt und es gebe keine schlüssige Entwicklungsagenda.³³
- Es gebe Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Personal für den Standort Frankfurt, da es dem Standort international an Attraktivität fehle und es kaum Möglichkeiten zu „globaler Karriere“ in internationalen Großunternehmen gebe.³⁴ Darüber hinaus sei die Stadt teuer.
- Die banklastige Unternehmensstruktur führe zu fehlender Expertise in anderen Bereichen.

Dagegen führen die befragten Unternehmen die folgenden Vorteile ins Feld:

- Es gebe in Frankfurt hervorragende Netzwerke mit guten Kontakt- und Zugangsmöglichkeiten. Viele wichtige Akteure seien zudem vor Ort.
- Frankfurt zeichne sich durch kurze Wege, eine hohe Zentralität der wichtigen Akteure innerhalb Frankfurts, sowie die zentrale Lage in Deutschland und Europa verbunden mit einer ausgezeichneten Erreichbarkeit aus.
- Schließlich zeichne sich Frankfurt durch Offenheit und ein gutes kulturelles Angebot aus.

Aus den vorgenannten Standortvor- sowie -nachteilen und aus anderen Überlegungen ergeben sich Risiken und Chancen für den Standort, von denen wir nachfolgend einige nennen möchten.

³³ Interessant und spannend ist in diesem Zusammenhang das Auftauchen und Verschwinden der sog. „Initiative Finanzstandort Deutschland“.

³⁴ „Als Frankfurts größte Schwäche gilt der Arbeitsmarkt, sowohl in Bezug auf die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften als auch in Bezug auf das inflexible Arbeitsrecht.“ (vgl. Harschar-Ehrnborg 2002: 213).

Als Risiken des Finanzplatzes Frankfurt sehen die befragten Akteure insbesondere die zwei folgenden Faktoren:

- Die Deckung des Fachkräftebedarfs in zukunftsträchtigen Geschäftsfeldern könnte aufgrund der mangelnden Attraktivität der Stadt, der banklastigen Ausbildungsstruktur und dem als zu niedrig eingeschätzten Output der regionalen Bildungsinstitutionen schwierig werden.
- Aufgrund von Regulierungen könnten Innovationsnachteile bedeutend sein.

Als Chancen für den Finanzplatz Frankfurt wird gesagt, dass:

- Frankfurt das Tor zum wichtigen, deutschen Markt bleibt und eine Übersetzungsfunktion in dem Sinne behält, dass hier Spezifika des deutschen Marktes für internationale Investoren aufbereitet werden.³⁵
- Es gibt eine sich abzeichnende Verbesserung der Austauschprozesse zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

7 Wohin gehst du, Finanzplatz Frankfurt?

Unsere vorsichtige Schlussfolgerung, die sich in etwa mit der Einschätzung von Helaba (Bischoff 2013a) deckt, ist, dass Frankfurt von der als notwendig erachteten Konsolidierung im deutschen Bankensektor unterdurchschnittlich betroffen sein wird, nicht zuletzt weil

- erstens von der derzeit guten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland aufgrund der engen Bindung mit der Realwirtschaft (vgl. Raettig 2013) auch die Banken profitieren,³⁶
- zweitens mit der Ansiedlung weiterer europäischer Regulierungskompetenzen in Frankfurt der Standort Frankfurt weiterhin attraktiv für In- und Auslandsbanken sein wird und insgesamt eine Aufwertung erfährt und
- drittens damit gerechnet wird, dass die Konsolidierung weiterhin mit einer Konzentration auf Frankfurt einhergeht (vgl. Bischoff 2013a).³⁷

Allerdings weist der IHK Beschäftigungsindikator für Frankfurter Banken derzeit eine negative Tendenz auf: Rund ein Drittel aller Frankfurter Banken plant derzeit nach eigenen Angaben Beschäftigung abzubauen (vgl. Bischoff 2013a). Ähnliches gilt für den Beschäftigungsindikator des Center for Financial Studies (CFS), der sich derzeit auf einem Allzeittief befindet

³⁵ „Als größte Stärke gelten dagegen die volkswirtschaftlichen Faktoren, die gute Geschäftsmöglichkeiten bieten.“ (vgl. Harrschar-Ehrnberg 2002: 213).

³⁶ Wie lange diese günstige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland anhalten wird, ist aus unserer Sicht nicht abzusehen. Es gibt indessen Stimmen die davon ausgehen, dass diese Entwicklung mittelfristig anhalten wird und Deutschland auf „goldene Jahre“ zugeht (Rürup/Heilmann 2012). Im Hinblick auf die Betroffenheit Frankfurts durch die Konsolidierung ist anzumerken, dass insbesondere eine Konsolidierung im Filialgeschäft erwartet wird, wovon Frankfurt weniger stark betroffen wäre.

³⁷ Indessen ist der Effekt einer weiteren Ansiedlung von Regulierungskompetenzen in Frankfurt schwer abzuschätzen. So hatten viele Akteure um die Jahrtausendwende gedacht, dass durch die Währungsunion und die Ansiedlung der EZB in Frankfurt, Frankfurt London den Rang als wichtigstes europäisches Finanzzentrum ablaufen könnte (Cushman & Wakefield/Healey & Baker 2002: 9). Heute ist man da aus Frankfurter Sicht sehr viel bescheidener geworden: Man sieht hierzulande Frankfurt im Wettbewerb mit Paris um Platz 2 in Europa (vgl. Breuer 2008; Bischoff 2006).

und damit weitere Jobeinbußen auch in Frankfurt vorhersagt (Center for Financial Studies 2013). Die Wirtschaftspresse rechnet daher teilweise mit einem „Kahlschlag am Bank-Schalter“ und mit einem „Schrumpfungsprozess der an den Niedergang der deutschen Schwerindustrie erinnert“ (WirtschaftsWoche 2013). Aufgrund des europäischen und nationalen Trends zur Konsolidierung einerseits und der stabilisierenden Faktoren in Frankfurt andererseits, rechnet Bischoff (2013a) zu Beginn 2013 noch mit einem Stellenabbau in Frankfurt um rund zwei Prozent bis Ende 2014 und einer damit überdurchschnittlichen Entwicklung im Vergleich zur bundesdeutschen Entwicklung in diesem Bereich. In ihrer jüngsten Veröffentlichung vom Herbst 2013 kommt dieselbe Autorin (Bischof 2013b) zu dem Ergebnis, dass sich die Entwicklung am Finanzplatz Frankfurt noch etwas positiver darstellt. Dabei halte sich der Beschäftigungsabbau am Finanzplatz Frankfurt in Grenzen: Ausgehend vom 1. Quartal 2013 wird bis Ende 2015 ein Abbau von nur noch 1,5 Prozent prognostiziert. Insgesamt hätte somit der Beschäftigungsabbau am deutschen Bankenzentrum seit Ende 2008 lediglich fünf Prozent betragen. Dies sei ein überschaubarer Anpassungsprozess in einem moderaten Tempo (Bischof 2013b). Die Hessenagentur (van den Busch/Dimitrova 2010), die die Wirtschaftsentwicklung hessischer Sektoren vorausberechnet, sagt für Hessen bis 2020 eine leicht ansteigende Bedeutung und damit auch Erwerbstätigkeit im Bereich Banken und Versicherungen voraus.

Die Einschätzung von Grote (2004, 2008) und Engelen und Grote (2009) weicht indessen von dieser Sichtweise ab und kommt im Hinblick auf die Entwicklungsperspektiven des Standorts Frankfurt zu pessimistischeren Schlussfolgerungen. Grote kommt auf der Grundlage umfangreicher theoretischer sowie praktischer Überlegungen und der Interpretation der bisherigen Entwicklungen zu dem Ergebnis, dass Frankfurt in der Tendenz an Bedeutung verlieren wird. Dabei erwartet er, dass Frankfurt durch zwei Entwicklungen gewissermaßen in die Zange genommen wird. Einerseits wandern die Geschäftsfelder, die sich zentralisieren lassen und deren Umfang aufgrund moderner Informationstechnologien zugenommen haben, zunehmend nach London ab. Als Beispiel mag etwa der Handel mit Aktien deutscher Unternehmen dienen, wobei eine räumliche Präsenz in Frankfurt aufgrund der Virtualisierung des Handels nicht mehr notwendig ist (Engelen/Grote 2009). Andererseits gibt es auf nationaler Ebene Dispersionsfaktoren, die dazu beitragen, dass das nationale Geschäft zunehmend in die Regionen verlagert wird (Grote 2008), weil eine noch größere räumliche und kulturelle Nähe (als von Frankfurt aus) von Vorteil sein kann.

Andererseits ist auch beim Handel mit Finanzprodukten, sofern es sich bspw. um kleinere Unternehmen handelt, der Zugang zu zeitnahen und komplexen Informationen am ehesten zentral möglich, so dass Frankfurt eine wichtige Rolle auch in den von Verlagerungstendenzen betroffenen Bereichen Handel und Forschung behaupten kann. Ebenso behält Frankfurt in den Bereichen, in denen lokales Wissen und eine enge Zusammenarbeit mit anderen Akteuren zusammenfallen, die wichtigste deutsche Rolle (Grote 2005). Eine Rolle für Frankfurt sieht Grote (2004) zudem beim Angebot von Börsendienstleistungen und -technologien, sowie insgesamt für Hochtechnologie-Abwicklungsabteilungen, wie sie etwa für das sog. Euro-Clearing benötigt werden.

Schwer abzuschätzen ist der Effekt der künftigen erwarteten oder in den letzten Jahren umgesetzten Regulierungen im Finanzsektor auf den Finanzplatz Frankfurt.³⁸ Kommentatoren befürchten etwa, dass eine einseitige Einführung einer Finanztransaktionssteuer (ohne UK) zu einer Abwanderung von Geschäften in Richtung London führt. Allerdings ist aus unserer Sicht dieses Risiko nicht als hoch zu bewerten, weil immer wieder betont wird, dass in Frankfurt insbesondere das nationale und das realwirtschaftliche Geschäft beheimatet ist (vgl. Brenner 2013), das von einer Transaktionssteuer wohl weniger betroffen wäre als etwa das Eigengeschäft der Banken. Zudem bestimmt die konkrete Ausgestaltung maßgeblich etwaige Geschäftseinbußen.³⁹ Mit Sicherheit führen die anstehenden Regulierungsmaßnahmen zu zusätzlichem Personalbedarf in den durch sie betroffenen Finanzinstitutionen.

³⁸ So ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer mittlerweile abzusehen. Weitere Bankenregulierungen beziehen sich auf Eigenkapitalvorschriften, Risikobewertungen, Regulierungen zu Leerverkäufen und Hochfrequenzhandel. Solche Regulierungen können, müssen aber nicht beschäftigungswirksam sein.

³⁹ Darauf hat unter anderem Michael Grote im Rahmen der Podiumsdiskussion beim Finanzmarktsymposium der Grünen, 02.03.2013 in Frankfurt, verwiesen.

Literatur

Admati, Anat; Hellwig, Martin (2013): *The Bankers' New Clothes. What's Wrong with Banking and What to Do about It*, Princeton and Oxford: Princeton University Press.⁴⁰

Arikan, Sanyel (2012): *Wirtschaftsentwicklung in Hessen 2008 bis 2011 anhand der revidierten Ergebnisse der VGR*. In: *Hessischer Konjunkturspiegel*, 3. Quartal 2012.

Arcand, Jean-Louis; Berkes, Enrico; Panizza, Ugo (2012): *Too Much Finance?* IMF Working Paper, No. 12/161, International Monetary Fund.

Beaverstock, Jonathan V.; Hoyler, Michael; Pain, Kathryn; Taylor, Peter J. (2001): *Comparing London and Frankfurt as World Cities: A Relational Study of Contemporary Urban Change*, London: Anglo-German Foundation.

Beck, Thorsten; Levine, Ross; Loayza, Norman (2000): *Finance and the Sources of Growth*. In: *Journal of Financial Economics*, Vol. 58, pp. 261–300.

Bischoff, Ulrike (2013a): *Bankenbeschäftigung Frankfurt – Panik unbegründet*. Finanzplatz-Fokus vom 12.03.2013, Frankfurt am Main: Helaba.

Bischoff, Ulrike (2013b): *Die größten Banken am Finanzplatz Frankfurt*. Finanzplatz-Fokus vom 08.11.2013, Frankfurt am Main: Helaba.

Bischoff, Ulrike (2006): *Finanzplatz-Monitoring*. Finanzplatz Frankfurt – Ein Standort bewegt sich, Frankfurt am Main: Helaba.

Brenner, Hans-Dieter (2013): *Realwirtschaftlich orientierte Banken stärken den Finanzplatz Frankfurt*. In: *IHK Wirtschaftsform*, 136. Jg., Nr. 06.13, S. 14–15.

Breuer, Rolf-Ernst (2008): *Bankenstruktur und Finanzplatz Deutschland*. In: *Aktie und Kapitalmarkt : Anlegerschutz, Unternehmensfinanzierung und Finanzplatz*, Festschrift für Professor Dr. Rüdiger von Rosen zum 65. Geburtstag, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.

Brötz, Rainer; Dorsch-Schweitzer, Marlis; Haipeter, Thomas (2006): *Berufsausbildung in der Bankbranche vor neuen Herausforderungen*, Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.

Burkert, Carola; Garloff, Alfred; Machnig, Jan (2012): *Vom deutschen zum hessischen Arbeitsmarktwunder? Der hessische Arbeitsmarkt vor, in und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise*. IAB-Regional Hessen, Nr. 02/2012, Nürnberg.

Carvalho, Vasco; Gabaix, Xavier (2013): *The Great Diversification and its Undoing*. In: *American Economic Review*, Vol. 103, No. 5, pp. 1697–1727.

Center for Financial Studies (2013): *CFS-Index geht erneut leicht zurück*. Pressemitteilung vom 15.07.2013. [<https://www.ifk-cfs.de/index.php?id=2127&L=1>.]

Cushman & Wakefield/Healey & Baker (Hrsg.) (2002): *European Cities Monitor 2002*.

Deutsche Bundesbank (2013): *Bankenplatz Frankfurt*. [http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Bundesbank/Hauptverwaltungen_Filialen/h/bankenplatz_frankfurt.pdf?__blob=publicationFile].

⁴⁰ Auch in deutscher Sprache erhältlich: Admati, Anat; Hellwig, Martin (2013): *Des Bankers neue Kleider: Was bei Banken wirklich schief läuft und was sich ändern muss*, München: FinanzBuch Verlag.

Dombret, Andreas (2013): Finanzplatz Frankfurt. Gut aufgestellt. In: IHK Wirtschaftsforum, 136. Jg., Nr. 06.13, S. 16–17.

Dufey, Gunter; Giddy, Ian H. (1978): *The International Money Market*, Englewood Cliffs, New Jersey: Prentice-Hall.

Engelen, Ewald; Grote, Michael H. (2009): Stock exchange virtualisation and the decline of second-tier financial centres – the cases of Amsterdam and Frankfurt. In: *Journal of Economic Geography*, Vol. 9, No. 5, pp. 679–696.

Faulconbridge, James R. (2004): London and Frankfurt in Europe's evolving financial centre network. In: *Area*, Vol. 36, No. 3, pp. 235–244.

Grote, Michael H. (2008): Foreign banks' attraction to the financial centre Frankfurt—an inverted 'U'-shaped relationship. In: *Journal of Economic Geography*, 8. Jg., Nr. 2, S. 239–258.

Grote, Michael H. (2005): Quo vadis, Finanzplatz Frankfurt? Virtualisierung der Märkte kann direkte Kommunikation am Ort nicht ersetzen In: *Forschung Frankfurt*, Nr. 1/2005, S. 26–30.

Grote, Michael H. (2004): Die Entwicklung des Finanzplatzes Frankfurt. Eine evolutionsökonomische Untersuchung. In: Ashauer, Günther; Breuer, Wolfgang; Krümmel, H.-J.; Rudolph, Bernd; Weber, Anne (Hrsg.) (2004): *Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Abteilung A: Wirtschaftswissenschaft, Bd. 177*, Berlin: Duncker & Humblot.

Haipeter, Thomas (2006): Bankkaufleute in der Reorganisation: zur Lage der Erstausbildung im Bankgewerbe. In: *Zeitschrift für Soziologie* 35, Heft 1, S. 57–76.

Hall, Anja (2004): Trends der Qualifikationsentwicklung im Berufsfeld Finanzdienstleistung. Ergebnisse einer Stellenanzeigeanalyse und einer Befragung der inserierenden Betriebe. Früherkennung von Qualifikationsentwicklung, Heft 4, Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.

Harschar-Ehrnborg, Sofia (2002): Finanzplatzstrukturen in Europa. Die Entstehung und Entwicklung von Finanzzentren. Entwicklung und Finanzierung. In: Nitsch, Manfred; Schmidt, Reinhard H.; Zeitinger, Claus-Peter (Hrsg.) (2002): *Entwicklung und Finanzierung, Band 10*, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien: Peter Lang Verlag.

Harsche, Johannes; van den Busch, Uwe (2006): *Finanzplatz Frankfurt: Akteure, Rahmenbedingungen, Perspektiven*. Ausarbeitung im Rahmen des Finanzplatzmonitoring der hessischen Landesregierung, Report Nr. 696, Wiesbaden: HA Hessen Agentur GmbH.

Heiß, Christina (2004): The German Financial Industry from a US Perspective. In: Schuster, Leo; Widmer, Alex W. (Hrsg.) (2004): *Wege aus der Banken- und Börsenkrise*, Berlin/Heidelberg: Springer.

Hellwig, Martin (2012): Stellungnahme für den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (3. FMStG), 7.11.2012.

Hellwig, Martin (2009): Systemic Risk in the Financial Sector: An Analysis of the Subprime-Mortgage Financial Crisis. In: *The Economist*, Vol. 157, No. 2, pp. 129–207.

Hengster, Ingrid (2013): Auslandsbanken. Vom Wettbewerb profitieren. In: IHK Wirtschaftsforum, 136. Jg., Nr. 06.13, S. 24–25.

Hessisches Statistisches Landesamt (HSL) (2013): Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen und Deutschland 2008 bis 2012. Statistische Berichte, März 2013, Wiesbaden.

Holtfrerich, Carl-Ludwig (1999): Frankfurt as a Financial Centre. From medieval trade fair to European banking centre, München: C. H. Beck.

IWD (2007): Outsourcing. Nicht mehr so stark im Trend. In: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, 33. Jg., Nr. 7, S. 6–7.

Klems, Wolfgang; Schaade, Peter (2003), Der Arbeitsmarkt in Frankfurt für Bankfachleute. Entwicklung seit 1991. In: ABF aktuell. Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Referat ICF.

König, Wolfgang; Schamp, Eike W.; Beck, Roman; Handke, Michael; Vykoukal, Jens; Pfrifling, Michael; Späthe, Stephan H. (2007): Finanzcluster Frankfurt. Eine Clusteranalyse am Finanzzentrum Frankfurt /Rhein-Main, Norderstedt: Books on Demand.

Laeven, Luc; Levine, Ross; Michalopoulos, Stelios (2012): Financial Innovation and Endogenous Growth, unpublished manuscript.

Levine, Ross; Loayza, Norman; Beck, Thorsten (2000): Financial intermediation and growth: Causality and causes. In: Journal of Monetary Economics, Vol. 46, pp. 31–77.

Loheide, Johannes (2008): Finanzmarkt ohne Grenzen?: Regionalpolitik und Finanzplätze in der Globalisierung. Regionalisierung in Europa, Band 6. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Mantler, Hans Christian (2008): Makroökonomische Effizienz des Finanzsektors. Herleitung eines theoretischen Modells und Schätzung der Wachstumsimplikationen für die Marktwirtschaften und Transformationsökonomien Europas. In: Forschungsergebnisse der Wirtschaftsuniversität Wien, Band 22, Frankfurt am Main u. a.: Lang.

Marx, Karl (1894): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Band III: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion. Ungekürzter Text der Erstausgabe von 1894. Engels, Friedrich (Hrsg.) (1971), Frankfurt am Main: Ullstein.

Merl, Günther (2004): Der Finanzplatz Frankfurt im Zeichen der Struktur- und Ertragskrise. Finanzplatz Frankfurt – nationale und internationale Bedeutung. In: Schuster, Leo; Widmer, Alex W. (Hrsg.) (2004): Wege aus der Börsenkrise, Berlin u. Heidelberg: Springer-Verlag.

Müller, Frank (2004): Fonds-Lebensversicherungs-Kombinationen. Mindestrendite und Restrisiko, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.

O'Brien, R. (1992) Global Financial Integration: The End of Geography, London: Royal Institute of International Affairs, Pinter Publishers.

Raettig, Lutz (2013): Frankfurt. Europäisches Kompetenzzentrum. In: IHK Wirtschaftsform, 136. Jg., Nr. 06.13, S. 8–9.

Rürup, Bert; Heilmann, Dirk (2012): Fette Jahre. Warum Deutschland eine glänzende Zukunft hat. München: Carl Hanser Verlag.

Schuster, Leo; Widmer, Alex W. (Hrsg.) (2004): Wege aus der Banken- und Börsenkrise. Berlin/Heidelberg: Springer.

Spahn, Paul Bernd; van den Busch, Uwe (2002): Position und Entwicklungsperspektiven des Finanzplatzes Frankfurt, Wiesbaden: Forschungs- u. Entwicklungsgesellschaft Hessen.

Statistisches Bundesamt (2012): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsproduktsberechnung. Detaillierte Jahresergebnisse, Fachserie 18, Reihe 1.4, Wiesbaden.

The New York Times (2012): What the job market wants, October 25, 2012. [<http://www.nytimes.com/imagepages/2012/10/25/world/asia/25iht-sreducemerging25-graphic.html>].

van den Busch, Uwe; Dimitrova, Gergana (2010): Hessenreport 2010. Prognose zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Hessen und seinen Regierungsbezirken bis 2030, Report Nr. 772, Wiesbaden.

von Hagen, Jürgen; von Stein, Johann Heinrich (Hrsg.) (2000): Geld-, Bank- und Börsenwesen. Begründet von: Obst, Georg; Hintner, Otto, Stuttgart: Schäfer-Poeschel.

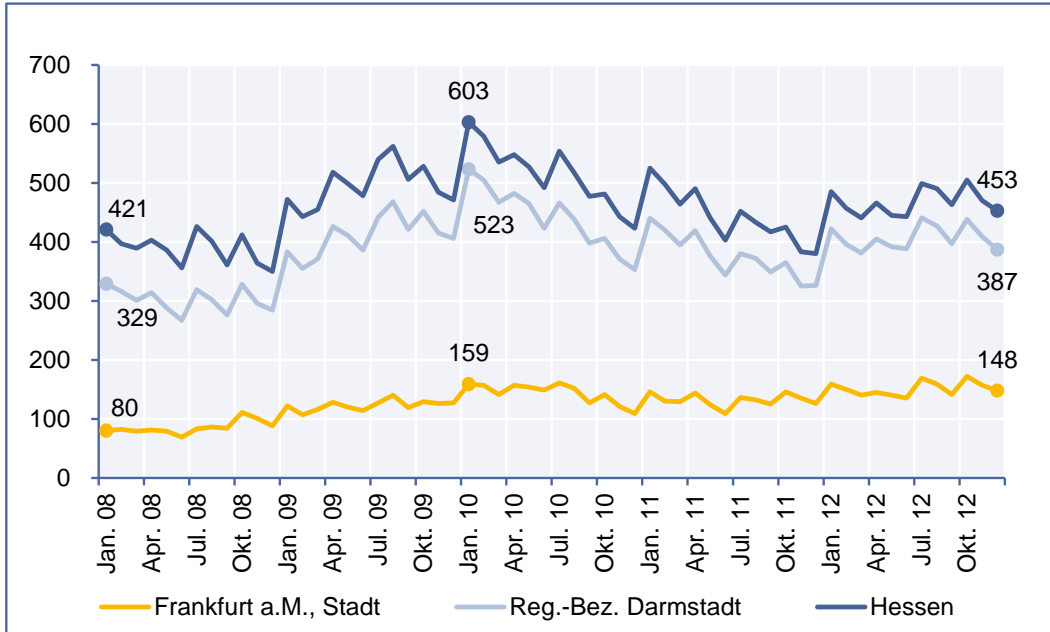
Wilkins, Ingrid (2004): Bankenkrise und Beschäftigung. In: Schuster, Leo; Widmer, Alex W. (Hrsg.) (2004): Wege aus der Banken- und Börsenkrise, Berlin/Heidelberg: Springer, S. 489–488.

WirtschaftsWoche (2013): Nullrunden und Stellenstreichungen. Der große Kahlschlag am Bank-Schalter, PM vom 30.01.2013. [<http://www.wiwo.de/unternehmen/banken/nullrunden-und-stellenstreichungen-der-grosse-kahlschlag-am-bank-schalter/7708874.html>].

World federation of exchanges (Hrsg.) (2012): 2012 wfe annual report & statistics. [<http://www.world-exchanges.org/insight/reports/2012-wfe-annual-report>].

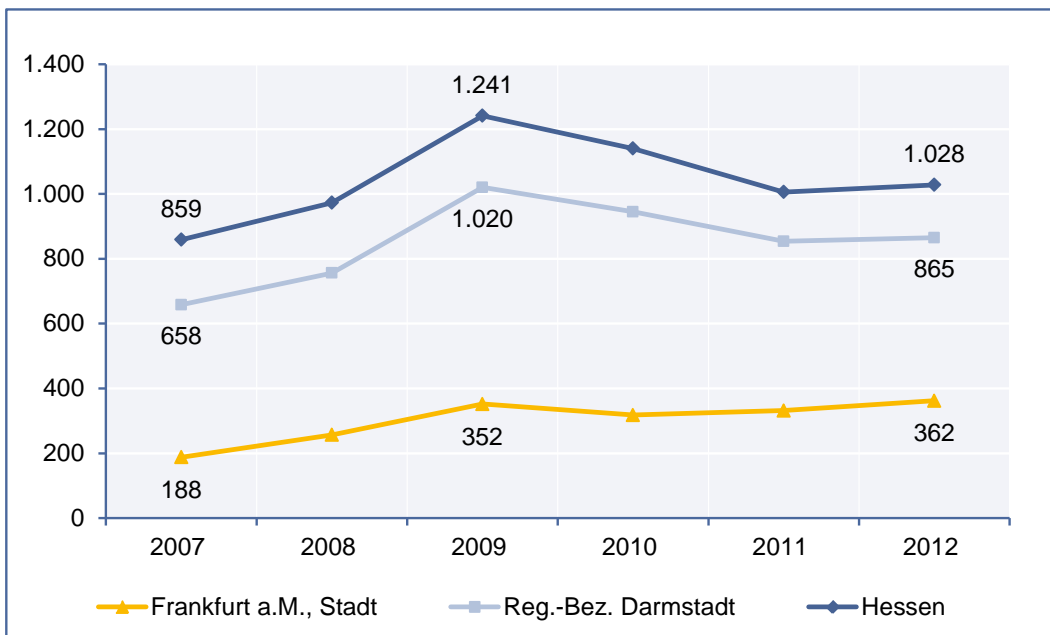
Anhang

Abbildung A 1: Bestand an Arbeitslosen nach dem Zugangsgrund Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt und ausgewähltem Herkunftsberuf Bankfachleute (BO 691) im Rechtskreis SGB III; Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, Januar 2008 bis Dezember 2012, absolute Werte



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Abbildung A 2: Zugang an Arbeitslosen nach dem Zugangsgrund Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt und ausgewähltem Herkunftsberuf Bankfachleute (BO 691) im Rechtskreis SGB III; Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 2007 bis 2009 (Jahressumme), absolute Werte



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Tabelle A 1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne Auszubildende) in der Wirtschaftsgruppe "Zentralbanken und Kreditinstitute"; Bund/Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2012 (jeweils zum 30.06., Index 1999 = 100, in Prozent)

Jahr	Bund		Hessen		Reg.-Bez. Darmstadt		Frankfurt am Main, Stadt	
	Anzahl	Entw. in % (Index 1999 = 100)	Anzahl	Entw. in % (Index 1999 = 100)	Anzahl	Entw. in % (Index 1999 = 100)	Anzahl	Entw. in % (Index 1999 = 100)
1999	674.503	100,0	92.893	100,0	77.005	100,0	50.840	100,0
2000	684.151	101,4	95.520	102,8	79.846	103,7	52.614	103,5
2001	681.117	101,0	96.978	104,4	81.456	105,8	54.055	106,3
2002	674.150	99,9	97.246	104,7	81.798	106,2	55.253	108,7
2003	650.237	96,4	92.576	99,7	77.444	100,6	52.143	102,6
2004	632.898	93,8	89.526	96,4	74.639	96,9	49.832	98,0
2005	628.011	93,1	88.686	95,5	73.951	96,0	48.530	95,5
2006	617.629	91,6	88.066	94,8	73.527	95,5	48.464	95,3
2007	604.748	89,7	87.912	94,6	73.685	95,7	49.074	96,5
2008	598.616	88,7	88.793	95,6	74.786	97,1	50.200	98,7
2009	595.907	88,3	89.195	96,0	75.286	97,8	51.060	100,4
2010	588.481	87,2	88.150	94,9	74.305	96,5	50.446	99,2
2011	583.749	86,5	87.399	94,1	73.630	95,6	50.266	98,9
2012	578.805	85,8	87.403	94,1	73.619	95,6	50.305	98,9
Veränd. 2012/1999 in %	-14,2		-5,9		-4,4		-1,1	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (ausgewählte Wirtschaftsgruppen in den unterschiedlichen Klassifikationen der Wirtschaftszweige: WZ93 = bis 2002 = 651, WZ03 = 2003–2007 = 651, WZ08 = ab 2008 = 641); eigene Darstellung.

Tabelle A 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt und sozialversicherungspflichtig beschäftigte Bankfachleute (BO 691) (ohne Auszubildende); Bund/Hessen/Stadt Frankfurt, 1999 bis 2011* (jeweils zum 30.06., Index 1999 = 100, in Prozent)

Jahr	Bund				Hessen					Frankfurt am Main, Stadt				
	insges.	Veränd.	Bank	Veränd.	insges.	Veränd.	Bank	Veränd.	Bun- danteil	insges.	Veränd.	Bank	Veränd.	HS- Anteil
1999	25.977.017	100,0	580.396	100,0	2.024.897	100,0	76.162	100,0	13,1	445.052	100,0	40.209	100,0	52,8
2000	26.323.716	101,3	595.241	102,6	2.079.701	102,7	80.357	105,5	13,5	463.716	104,2	42.922	106,7	53,4
2001	26.319.300	101,3	599.291	103,3	2.108.468	104,1	84.510	111,0	14,1	478.349	107,5	46.598	115,9	55,1
2002	26.071.632	100,4	596.261	102,7	2.096.847	103,6	85.047	111,7	14,3	473.404	106,4	47.534	118,2	55,9
2003	25.467.841	98,0	580.268	100,0	2.050.603	101,3	82.125	107,8	14,2	459.779	103,3	45.371	112,8	55,2
2004	25.072.253	96,5	567.478	97,8	2.014.948	99,5	79.571	104,5	14,0	448.868	100,9	43.084	107,2	54,1
2005	24.734.216	95,2	566.745	97,6	1.991.193	98,3	79.941	105,0	14,1	445.058	100,0	42.728	106,3	53,4
2006	24.906.294	95,9	561.110	96,7	1.997.535	98,6	80.080	105,1	14,3	446.610	100,4	43.133	107,3	53,9
2007	25.387.533	97,7	553.365	95,3	2.033.458	100,4	80.678	105,9	14,6	458.617	103,0	44.338	110,3	55,0
2008	25.954.041	99,9	555.287	95,7	2.070.517	102,3	82.401	108,2	14,8	473.400	106,4	45.930	114,2	55,7
2009	25.844.567	99,5	551.962	95,1	2.060.280	101,7	82.320	108,1	14,9	474.128	106,5	46.535	115,7	56,5
2010	26.229.684	101,0	545.566	94,0	2.086.585	103,0	81.155	106,6	14,9	476.129	107,0	45.585	113,4	56,2
2011	26.980.149	103,9	540.447	93,1	2.142.450	105,8	81.611	107,2	15,1	484.047	108,8	46.122	114,7	56,5

* Aufgrund geänderter Meldeverfahren sind Beschäftigungsdaten zu Berufen ab September 2011 mit vorhergehenden Zeiträumen nicht vergleichbar.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Tabelle A 3: Bestand an Arbeitslosen nach dem Zugangsgrund Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt, ausgewähltem Herkunftsberuf Bankfachleute (BO 691) und Berufsausbildung im Rechtskreis SGB III; Bund/Hessen/Regierungsbezirk Darmstadt/Stadt Frankfurt, 2009 bis 2012 (Jahresdurchschnitt)

Jahres-durchschnitt	Bund			Hessen			Reg.-Bez. Darmstadt			Frankfurt am Main		
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter	
		aka-dem. Aus-bildung	Anteil in %		aka-dem. Aus-bildung	Anteil in %		aka-dem. Aus-bildung	Anteil in %		aka-dem. Aus-bildung	Anteil in %
2009	4.007	608	15,2	496	143	28,9	411	135	32,7	123	71	57,6
2010	4.163	663	15,9	515	150	29,1	441	142	32,2	144	77	53,4
2011	3.534	553	15,7	443	123	27,7	376	116	30,9	132	66	49,9
2012	3.310	654	19,7	468	161	34,3	407	154	37,9	151	92	60,9

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

In der Reihe IAB-Regional Hessen sind zuletzt erschienen:

Nummer	Autoren	Titel
02/2013	Burkert, Carola; Garloff, Alfred; Hell, Stefan; Otto, Anne; Schaade, Peter	Attraktivität der Standorte Hessen und Rheinland-Pfalz für (junge) Fachkräfte
01/2013	Schaade, Peter	Gesundheitswesen in Hessen
02/2012	Burkert, Carola; Garloff, Alfred; Machnig, Jan	Vom deutschen zum hessischen Arbeitsmarktwunder?
01/2012	Lepper, Timo; Machnig, Jan; Schaade, Peter	Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit - Eine Option zur Deckung des Fachkräftebedarfs
03/2011	Garloff, Alfred; Machnig, Jan	Wenig Lohn trotz Vollzeitbeschäftigung

Eine vollständige Liste aller Veröffentlichungen der Reihe „IAB-Regional“ finden Sie [hier](#):

<http://www.iab.de/de/publikationen/regional.aspx>

Impressum

IAB-Regional. IAB Hessen
Nr. 03/2013

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
der Bundesagentur für Arbeit
Regensburger Str. 104
90478 Nürnberg

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit
Genehmigung des IAB gestattet

Website

<http://www.iab.de>

Bezugsmöglichkeit

http://doku.iab.de/regional/H/2013/regional_h_0313.pdf

Eine vollständige Liste aller erschienenen Berichte finden
Sie unter
<http://www.iab.de/de/publikationen/regional/hessen.aspx>

ISSN 1861-3578

Rückfragen zum Inhalt an:

Alfred Garloff
Telefon 069.6670 518
E-Mail alfred.garloff@iab.de